

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nachmittags-Sitzung am Montag.

Richard Fischer-Berlin: Wenn Sie den Antrag 105 dem Partei...

Es war eine sehr gute Zeitschrift, aber keine Jugend-

und die geeigneten Mitarbeiter finden. August hat selbst...

Wenn eine solche Zeitschrift herausgegeben werden soll, so...

Der Vorsitzende Dietz teilt mit, daß R. Fischer-Berlin und...

Bremen, 20. September 1904. Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Dietz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 10 Minuten...

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein und setzt...

In Anerkennung der Notwendigkeit, unter der proletarischen...

In Anerkennung weiter der Notwendigkeit, bei dieser Jugend-

Dr. Sadekum: Ich glaube, daß die klaren und scharfen Worte...

Ran zu etwas andern. Die vielen Anträge auf Schaffung einer...

Das Defizit im ersten Jahre war durch die Einführungsstellen bedingt.

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich bin der Meinung, daß wir die...

Es ist nicht leicht, eine Jugend-

habe und nur noch die Geldbeteiligung brauche. Ich meine, so...

Jacob-Bant: Die „Neue Welt“ müßte vielseitiger und aktueller...

Bähler-Effen: Im Interesse unserer Agitation, namentlich im...

Kahnenstein-Alzen: Was wir in der Presse lesen, beweist uns, daß...

Schöpfkin-Weipzig: Ich bitte Sie, den Antrag 105 abzulehnen.

Wollenbuhr: Bei der Rede Kahnensteins fragte ich mich un-

Willkür, ob denn Kahnenstein unserer Agitation so ganz fern stehe...

* Der hier wiedergegebene Schluß der Verhandlung am Montag...

Die Redaktion.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Lebeseur (Fortsetzung aus der 1. Beilage):

Nun noch einige Worte über den allgemeinen Angriff gegen die Tätigkeit der Fraktion. So meint Tamm in der „Neuen Zeit“, wir hätten uns in der Defensive befinden. Welche aggressive Aktionspläne wir in der Fraktion erörtert haben, brauche ich nicht zu erzählen, aber Tamm irrt sich in der Hauptsache. Er hält offenbar jede Kritik für defensiv, aber unsere Kritik ist keine defensive, sondern eine aggressive Aktion. Es liegt im Wesen einer Opposition, daß sie aggressiv ist; aber eine Opposition, die in der Minderheit ist, kann sich im Reichstage nicht den Kampfplatz wählen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien bestimmen ihn. Unsere Aufgabe ist, bei allen Gelegenheiten zu zeigen, wie schlecht in Deutschland regiert wird, welche Mißbräuche bestehen. Wir folgen dem alten politischen Grundsatz, der schon in der englischen Revolution aufgestellt worden ist, Leichwerden abzujelfen. Tamm führt auch ein Beispiel an, er meint, wir hätten anlässlich der *lex Steingel* eine Steuerreform beantragen müssen. Tamm macht sich eine ganz falsche Vorstellung, wenn er glaubt, daß man durch eine Steuerreform eine Volksbewegung entfesseln könnte. Wir würden doch, bevor wir solche Reformen beantragen, erst dafür sorgen müssen, daß die Ausgaben für Militarismus, Marinismus und andre unproduktive Zwecke verschwinden, und erst dann würden wir sehen, wie die noch übrigbleibenden Ausgaben gedeckt werden können. Weiter weist uns Tamm vor, daß wir kein Heimarbeiterschutz-Gesetz eingebracht haben. Den Wunsch, ein solches Gesetz einzubringen, haben wir alle; wir haben es auch versucht, aber der Entwurf befriedigte uns nicht. Dazu kommt der rein äußerliche Grund, daß wir überhaupt in der ganzen Session keinen Gesetzentwurf zur Erörterung bringen konnten. Das ist uns vereitelt worden. Soweit es möglich ist, bringen wir Gesetzentwürfe ein; wir haben etwa 15 eingebracht und haben auch ein Heimarbeiterschutz-Gesetz beantragt. Daß unser Einfluß zurückgegangen ist, stimmt nicht. Diese Verurteilung von Tamm zeugt von einer Verleumdung der Situation. Der Einfluß der Partei beruht doch nicht auf dem Wohlwollen irgend eines Abgeordneten oder Ministers; darauf verzichten wir. Unser Einfluß beruht auch nicht auf den 78 Abgeordneten, sondern darauf, daß wir inländischer Fühlung mit der großen Masse der Parteigenossen leben. Wir würden nichts freudiger begrüßen, als wenn diese Fühlung noch enger und dadurch der Einfluß der proletarischen Emancipationsbewegung verstärkt würde, so daß sie den Gegnern schließlich über den Kopf wächst.

Darauf arbeiten wir hin, das suchen wir mit unsren bescheidenen Kräften im Reichstage zu erreichen. Mögen wir hier und da scheitern, ja, ich glaube, es ist keiner unter uns, der sich nicht bei jeder Aktion sagt: eigentlich hätten wir es besser machen können. In dieser Selbstkritik liegt die Würdigung dafür, daß nun und nimmer die Zeit eintreten wird, die Tamm schon jetzt gekommen glaubt, wo der Einfluß der Fraktion über der Partei schwebel. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Einfluß stärker und stärker wird. Wenn aber die Fraktion sich löst von der Partei, wenn sie sich absondert von der Masse des kassendebütierten Proletariats, dann wird es ihr gehen wie dem Riesen Antäus, der macht- und trasslos wird, wenn er von dem Mutterboden losgelöst ist, und ich hoffe, daß auch unsere Partei das Heineide Wort trifft, das er im Anschluß an die Sage von dem Riesen Antäus sagt:

„Der Riese hat wieder die Mutter berührt,
Und es wachsen ihm wieder die Kräfte.“

(Lebhafter Beifall.)
Die Resolution Vebel, den Fall Schippel betreffend, wird geneigend unterfützt, steht also mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.
Dr. Winkels-Morborg: So formgewandt und durchdracht das Referat Lebeseurs war, in einer Beziehung hat er mich und andre nicht überzeugen können, ich meine die Haltung der Fraktion in der Hererofrage. Gewiß war das eine schwierige Lage. Wir hatten keine sicheren Nachrichten, denn in den Kolonien haben wir noch keine Vertrauensleute. (Heiterkeit.) Die Hereros, das stand fest, waren zur Revolution geradezu aufgehetzt worden und kämpften für ihr Land, von dem sie die Kapitalisten depossidiert hatten. Das müßte ihnen schon gewisse Sympathien bei uns sichern. Wir teilen den Standpunkt nicht, daß es sich darum gehandelt habe, Menschenleben zu retten. Wie will man Menschenleben retten, indem man Menschenleben preisgibt und Tausende von Soldaten in den Tod schickt? Mit dem Antrage 42 bin ich allerdings nicht einverstanden. Die Enthaltung kann ja Verschiedenartiges bedeuten: Zustimmung oder Ablehnung. Der Hinweis auf das Verhalten unserer Fraktion im Jahre 1870 hinsichtlich der Kriegsfordernngen paßt meines Erachtens nicht. Es handelt sich bei den Kolonialforderungen um eine Politik, die wir bisher stets belämpft haben. Wenn wir uns da plötzlich der Stimme enthalten, macht das den Eindruck des Schwankens. Vebel hat in einer großen Reichstagsrede erklärt: die Sozialdemokraten würden das Kaiserland mit verteiligen, wenn es angegriffen würde; wir würden keinen Hehen Landes preisgeben. Ein organisierter Genosse schrieb mir damals, Vebel sei wohl nationalisch geworden. (Heiterkeit.) Ich erwiderte ihm: „Das glaube ich nicht. Vebel sei eine wunderbare Stradivarigitarie, nur manchmal lege derbogen falsch an, und dann komme ein Ton heraus, der um einen Ton zu hoch sei.“ (Heiterkeit.) Ich bin allerdings der Meinung, daß der Satz, wir würden jeden Hehen des Reiches verteidigen, dem Parteiprogramm widerspricht. (Vebel: Na, na!) Ich meine den Satz unseres Programms über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Denken Sie sich den Fall, die Kolutisten trieben die polnische Bevölkerung zum Auslande; müßte dann nicht unsere Sympathie auf seiten der Polen stehen?

Vors. Ebert stellt zu dem folgenden Antrage Jakobson die Unterfützungsfrage:
„Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, einen Gesetzentwurf dem Reichstage alljährlich zu unterbreiten, der das Recht auf Arbeit fordert.“

Der Antrag wird nicht unterfützt.
Hoch-Ganau bedauert, daß die Fraktion die Beratung der von ihr gestellten sozialpolitischen Resolutionen im Reichstage nicht erreicht hat, und erwartet, daß sie in Zukunft auf eine Beratung drängen wird.
Weiter bedauerte er, daß die Fraktion das an sie herangekommene Ersuchen abgelehnt hat, die Vorfälle beim Leipziger Kerzestreit zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Zur Kerzestrage selbst braucht dabei ja gar nicht Stellung genommen zu werden, es handelt sich nur darum, gegen die unerhörten Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Massen zu protestieren.
Kollwagen-Augsburg begründet den Antrag 44.
„Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages wird beauftragt, die Reichsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher der schon seit 30 Jahren bestehenden Civische den logischen Abschluß des Civibegründnisses folgen läßt. Die Beseitigung dieser Lücke liegt im Interesse des kulturellen Fortschritts.“
Der Schutz der Gewissensfreiheit ist neben den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Gewissensfreiheit ist in verschiedenen Stadien des Lebens bedroht, so auch beim Ableben eines Menschen. Der Staat überläßt das Begräbnis seiner Bürger der Kirche und den Hinterbliebenen. Wir wollen nicht einen Kampf mit der Kirche mit unsren Anträgen provozieren, sondern wollen nur, daß der Staat wie bei

der Ehe auch beim Begräbnis die Gewissensfreiheit seiner Angehörigen schützt. Es giebt Momente, wo die Kirche, namentlich die katholische, überhaupt verlagert, ein Begräbnis zu geben. Hier muß der Staat unter allen Umständen eingreifen. Es muß die Brutalität beseitigt werden, daß z. B. Selbstmördern kein ehrsches Begräbnis gewährt wird. Wir sind überzeugt, daß wir mit der Propagierung des Civibegründnisses in weiten Kreisen der Arbeiterchaft und auch der Bürgerchaft Anklang finden würden.
Lipinski-Leipzig: Dem Genossen Hoch erwidere ich, daß die Fraktion in der Krankenlaffen-Angelegenheit nicht untätig gewesen ist. Sie hat eine Kommission gewählt, der auch Kräudorf angehört, und dieser hat vorgeschlagen, keine Schritte zu ergreifen. Die Fraktion hat sich dem Vorschlage angeschlossen. Der Vorwurf von Kräfte, daß die Fraktion gegen die Kaufmannsgerichte gestimmt hat, ist unbegründet. Der Entwurf enthält neben anderen reaktionären Bestimmungen auch solche über das Wahlrecht, denen wir unmöglich unsere Zustimmung geben konnten. Die größte Zahl der Handlungsgehilfen wäre vom Wahlrecht ausgeschlossen gewesen; deshalb setzte die Kommission die Altersgrenze herab und wollte den Frauen das Wahlrecht geben. Es kam dann aber ein Kompromiß zwischen den bürgerlichen Parteien zu stande, das die Kommissionsbeschlüsse wesentlich verschlechterte. Aus unsrer Ablehnung dieses Verschlechterungsgeleges kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Die Fraktion konnte gar nicht anders handeln.
Düwcll-Effen: In erster Linie mißbilligen die Dortmunder Genossen die Haltung der Fraktion in der Herero-Frage. Die Fraktion hat sich die Konsequenzen ihrer Haltung nicht klar gemacht. Mit demselben Argumente könnte man sagen, die Franzosen haben ein neues Gesetz eingeführt, infolgedessen müssen die Sozialdemokraten auch für Deutschland neue Kanonen bewilligen zum Schutze der Deutschen. Auf diesen Humanitätsstandpunkt darf man sich nicht stellen. Mit demselben Argumente kann man auch sagen, die und die Industrie ist in Gefahr, wir müssen sie schützen. So kommen wir zu den berühmten Erziehungsstößen. In Wirklichkeit sind diese Stöße, speziell der Robeizoll, keine Erziehungsstöße, sondern Vereicherungsstöße für die Großindustrie zum Schaden der Verarbeitungsin dustrien. Diese Jollpolitik der Regierung hat unsere gesamte Volkswirtschaft schwer geschädigt. Wenn Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs vorgelegt werden sollten, würde es sich eventuell wieder empfehlen, Obstruktion dagegen zu treiben. Wir würden es für richtig halten, die theoretischen Diskussionen über die Handelspolitik endlich einzustellen und die Agitation der Partei auf praktisches Handeln zu konzentrieren, nämlich auf eine kräftige Obstruktion gegen die Handelsverträge.

Körken-Berlin: Ich muß einiges auf die Ausführungen Lebeseurs zu dem Antrag aus Pommern erwidern. Es ist nicht Effektholerei oder Lust zum Krögelein, die mich zu meiner Rede bestimmt hat, sondern ich empfand längst das Bedürfnis zu dieser Frage einmal offen meine Meinung zu sagen. Ich bin überzeugt, daß in Bezug auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten so manche Genossen mit mir übereinstimmen, wenn man auch nicht den Mut hat, das hier zum Ausdruck zu bringen. (Mruhe.) Durch diese Abstimmung wird uns die Agitation in den einzelnen Landes teilen lauchbar erschwert (Sehr richtig!), besonders auch in Pommern. Es besteht allerdings ein Unterschied zwischen Berlin VI, Leipzig und Hinterpommern, und weil unsere Wähler andre sind als die Wähler in den Industriebezirken, verdienen wir unsren Antrag. Sie sollten einmal unsere Wähler kennen lernen, wenn sie antreten mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen, um alsdann sozialdemokratisch zu wählen. Ich habe es selbst erlebt, daß ein Jollstift in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmte. (Heiterkeit.) In Pommern hat man in den letzten Wahlen mit kaum etwas andrem agitiert als damit, daß die Sozialdemokratie unschuldig sei an der sozialen Gesetzgebung. Allerdings glauben ja unsere Leute den Gegnern nicht. (Abolf Hoffmann: Na also!) Aber auf der andern Seite stehen die Dinge so, daß die Gegner stets darauf bedacht sind, uns den Boden abzugraben. (Zuruf: Selbstverständlich!) Wir haben aber vielfach gar keine Gelegenheit, die Wähler aufzuklären, weil wir keine Lokale haben. Sollen wir auf die andern Wähler verzichten? Wir müssen sie doch erst allmählich zur Sozialdemokratie erziehen. Wenn wir mit dem Reichstagsantrage in Pommern agitieren wollten, dann wäre es aus mit den Erfolgen; wir müssen zu dieser mittleren Politik greifen, das hat uns die Stimmen gebracht. Man hat mir gesagt: Du darfst das nicht zur Sprache bringen. Ich halte diesen Standpunkt für prinzipiell falsch. Wir wäre es lieber, wenn die Partei für die soziale Gesetzgebung überhaupt stimmen würde. Die Fraktion kann ihren Standpunkt trotzdem mit aller Verbe zum Ausdruck bringen. Wir haben ja für verschiedene Gesetze gestimmt, die auch nicht unsere Wünsche erfüllen; ich erinnere an das Unfall- und Invaliden-Versicherungsgeley, vor allem an das Gewerbegerichts-Gesetz, das nicht einmal das erreicht, was bei den Kaufmannsgerichten durchgesetzt ist, wie die obligatorische Proportionalwahl, die Konkurrenzallauß usw. Nun wird behauptet, wir hätten gegen das Gesetz stimmen müssen, weil den Frauen nicht das Stimmrecht gewährt würde. Die Fraktion selbst aber hatte beschloffen, wenn auch das Frauenstimmrecht hie, doch für das Gesetz zu stimmen, wenn nur die Wahlrechtsgrenze nach unsren Wünschen festgesetzt wurde. Wir sind ja in der angenehmen Lage, daß das Gesetz angenommen ist, aber wie hätten wir dagestanden, wenn das Gesetz gefallen wäre? Wir hätten doch die Zustimmung der organisierten Handlungsgehilfen für dieses Separatgesetz für die Kaufleute auch, ohne für das Frauenstimmrecht zu stimmen. Lipinski hat heute durchaus nicht im Interesse und Sinn der Handlungsgehilfen gesprochen.

Bebel: Genosse Düwcll hat die Frage der Handelsverträge berührt. Keiner von uns ist in der Lage, erklären zu können, wie die Fraktion ihre Taktik bei der Handelsvertragsfrage einrichtet wird. (Sehr richtig!) Eine Obstruktionspolitik allerdings ist deshalb unmöglich, weil bei den Handelsverträgen keine Detailberatung stattfindet. Die Verträge können nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. (Sehr wahr!)
Nun zu den Ausführungen von Kräfte. Ich bedauere, daß mir nicht längere Zeit zur Verfügung steht, denn Kräfte hat hier gewisse Fragen die Prinzipienfrage aufgeworfen. Nach seiner Auffassung hätte die Partei und die Fraktion in ihrer ganzen parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit immer nur auf die rückständigen Wahlkreise Rücksicht zu nehmen. (Sehr gut!) Was da man für angemessen hält, das hätte die Grundlage für unsre Taktik zu sein. Wir haben bisher die gegenseitige Auffassung vertreten. Wir haben die Ansicht vertreten, daß wir die rückständigen Wähler zu erziehen haben (Sehr richtig!) und daß wir das einzig und allein von dem höheren Standpunkt des Prinzips aus können, und wir sind dabei gut gefahren, wie unsre Erfolge beweisen. Alle die Anklagen, die Kräfte vorgebracht hat, haben im letzten Wahlkampf eine entscheidende Rolle gespielt, und das Resultat war eine Steigerung unsrer Stimmen um fast 50 Prozent und eine entsprechende Steigerung unsrer Mandate. Wie man angesichts solcher Resultate eine rückständige, ich möchte fast sagen reaktionäre, Taktik vertreten kann, ist mir undegreiflich. Sollte das richtig sein, was Kräfte hier gesagt hat, dann wundere mich nur, daß er gewagt ist. (Sehr gut!) Wir wollen Kräfte die Freiheit, sich vor seinen Wählern zu verantworten, nicht nehmen. Er konnte sich auch wegen seiner Haltung in der Fraktion ein Vertrauensvotum von ihnen anstellen lassen. Was wir aber tabeln, ist, daß er es nicht verhindert hat, daß ein solcher Antrag angenommen wurde, der indirekt ein Zedelsvotum gegen die Mehrheit seiner Kollegen in sich schließt. (Zustimmung.) Wir sind alle — das wissen Sie ganz

genau, Kollege Kräfte, auch bei Ihrer kurzen parlamentarischen Tätigkeit — bald der eine, bald der andre in der Minderheit geblieben, und ich in meiner langjährigen parlamentarischen Praxis sehr oft. Wenn wir aber dann hingenen, unsren Wählern die Sache einseitig schildern und mit solchen Anträgen auf den Parteitag kommen, dann würde das ein schädrer Zustand in der Partei werden. Dagegen muß ich mich auf das allerentschiedenste verwahren.

Einige Worte über die Kritik von Tamm. Ich freue mich immer über jede Kritik, die geübt wird, und ich freue mich besonders, daß diesmal auch dem Vorstande etwas am Zeuge gefickt wird. Wenn ich nicht Vorstandsmitglied wäre, hätte ich schon längst dem Vorstande eine ansgeiwischt. (Große Heiterkeit.) Also kritisiert, so viel Ihr wollt, aber die Kritik muß gerecht sein, und die Kritik von Tamm war zum großen Teil nicht gerecht. Das beruht zum großen Teil darauf, daß Tamm den parlamentarischen Mechanismus nicht genau kennt, was mich allerdings bei einem so alten Genossen sehr wundert. Wir haben in den ersten zehn Tagen dieser Session nicht weniger als 14 Initiativanträge eingebracht, darunter den großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, den Antrag betr. den Achtsundantag, den Antrag betr. den Frauen-Arbeitsstag, den Antrag, die Gewerbe-Inspektion zur Reichs-sache zu machen usw., lauter sozialpolitische Anträge von großer Bedeutung. Wir haben dann später den Bauarbeiterschutz-Entwurf, den die Maurer ausgearbeitet hatten, in der Fraktion beraten und eingebracht. Der Heimarbeiterschutz-Gesetz-Entwurf wurde zu spät fertig, wir überwiesen ihn einer Kommission, aber der Beschluß der Kommission fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion, und es sollte abermals der Heimarbeiterschutz einer Beratung unterzogen werden. Aber mittlerweile wurde die Session vertagt. Das war jedoch vollständig gleichgültig, weil überhaupt keine Aussicht war, den Entwurf, selbst wenn wir ihn als ersten eingebracht hätten, zu verhandeln. Und wenn nun Tamm sagt, die Nachstellung der Fraktion habe im Reichstage abgenommen, so frage ich: ja, wo findet man auch nur den geringsten Beweis dafür? Wir im Reichstage haben von unsrer größeren Schwäche trotz größerer Stärke nicht das mindeste zu spüren bekommen; wir haben das Gegenteil wahrgenommen, daß die Thatfache der drei Millionen Stimmen und der circa 80 Mandate auf unsrer Gegner außerordentlich anfeuernd gewirkt hat. Das Centrum hat in keiner Session sozial Initiativanträge eingebracht wie diesmal. Und um uns nun erst recht den Rang abzuwachen, hat es, als es ganz klar war, daß an die Beratung der Anträge überhaupt nicht mehr zu denken war, einen besonders schlaun Weg beschritten, seine sämtlichen Initiativanträge als Resolutionen zum Etat zu stellen. Wir fragten uns, ob auch wir diesen Weg betreten sollten. Es war ein illogischer Weg, aber alle übrigen Parteien betreten ihn, und da sagten auch wir uns, so sehr wir diesen Weg verurteilen, bleibt uns doch nichts andres übrig, als ebenso zu verfahren. Nun erleben wir das wunderbare Schauspiel, 70 bis 80 Initiativanträge in Resolutionen umgewandelt zu sehen. Es war ein solcher Reichtum an Resolutionen, daß der Reichstag buchstäblich daran erstarrt ist, das heißt keine einzige konnte mehr zur Beratung kommen, um so weniger, als diesmal die Specialberatung des Etats einen Umfang annahm wie nie zuvor, so daß der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet wurde. Bis heute noch steht die Beratung dieser Resolutionen aus, und weil es eben infolge der ganz ungewöhnlich langen Etatsberatung nicht möglich war, auch nur eine zu beraten, machte Graf Balleskem den Vorschlag, die Resolutionen nach einzelnen Kapiteln zu teilen und nach Schluß des Etats zu beraten. Aber da stellte es sich heraus, daß durch die Beratung der Nachtrags-Etats für den Hererozustand es unmöglich war, das durchzuführen. Wir haben im Seniorenkongress alles Mögliche aufgegeben, die Resolutionen zur Beratung zu bringen, aber die Mehrheit war gegen uns. Ich habe schon in Dresden die Warnung ausgesprochen: Videl Euch nicht ein, daß weil wir jetzt drei Millionen Stimmen und 80 Mandate haben, wir auch einmal im Reichstage herrschen können. Das ist Thorheit bei diesen förmlichen Wettrennen der Parteien um die Stimmen der Arbeiter. Denn das ist in den Resolutionen ausgedrückt, und das ist unsre Stärke, daß wir die Gegner dazu gezwungen haben. (Sehr richtig!) An eine praktische Verwirklichung dieser ganzen Initiativantrags-Wirtschaft, wie ich es einmal nennen will, ist nicht zu denken. Der Reichstag müßte mindestens zwei volle Sessionen zu je sechs Monaten daran wenden, um die Anträge zu erledigen. Das ist aber unmöglich, und so kommen wir auch auf parlamentarischen Gebiete in eine Situation, aus der wir nicht mehr herauskommen können. So liegen die Dinge. Deshalb rat ich Ihnen dringend, die parlamentarische Tätigkeit nicht zu übersöhnen, wie ich mich auch dagegen erklären muß, daß man sie unterjährt. Es konnte garnicht anders gehandelt werden, und wenn wir jetzt eine Kommission, wie sie Tamm wünscht, niedersehen würden, die uns in einem Jahre 12 Gesetzentwürfe fertig machte, so würde das im Reichstage uns auch nicht einen Schritt weiter bringen.

Ich möchte nun erst auf einige Wortwürfe eingehen, die bis zu einem gewissen Grade mich persönlich betreffen. Man hat die Haltung der Fraktion bei der ersten Beratung der Herero-Kredite bemängelt, weil wir uns der Abstimmung enthalten. Hätte man die Motivierung, die ich damals namens der Fraktion abgab, mit in Erwägung gezogen, dann hätte zu diesen Bemängelungen kein Anlaß vorgelegen. (Sehr richtig!) Vollauf bemerkt, war ein Teil der Fraktion gegen die Bewilligung. Man glaube nicht, daß es in der Fraktion immer so friedlich vergeht; wir geraten uns bei jeder Gelegenheit an die Köpfe. (Heiterkeit), und das ist sehr gut. Wir hatten sehr scharfe Debatten. Schließlich hat sich die Mehrheit, glaube ich, für die Stimmenthaltung ausgesprochen. Warum? — Weil in der Periode, wo die Sache zur Verhandlung stand, vielfach erweisene Thatfachen über die Ursachen des Aufstandes noch nicht vorlagen. In Volksversammlungen, wo ich keine Verantwortung habe, kann ich freilich auftreten und sagen: wir dürfen die Forderung unter keinen Umständen bewilligen. Aber als Volksvertreter habe ich zu prüfen, wie das vorhandene Material auf meine Entscheidung einzutreffen hat. Deshalb habe ich namens der Fraktion dem Sinne nach erklärt: Wir haben große Befürchtung, daß durch Eure Politik in Südwest-Afrika der Aufstand hervorgezogen würde, aber wir haben in diesem Augenblick noch nicht diese Beweise, und weil wir andererseits auch nicht glauben können, daß die Schuld nur auf der Gegenseite liegt, wie ihr es darstellt, enthalten wir uns vorläufig der Abstimmung, werden aber, falls unsre Befürchtung, daß durch Eure Politik der Aufstand verursacht war, sich rechtfertigt, gegen die Forderung stimmen. Das war eine Erklärung, wie sie korrekter nicht abgegeben werden konnte, und die Mut unsrer Gegner bewies, daß wir recht hatten. Als dann bei der dritten Lesung des Etats das Material vorlag, haben wir die Kredite abgelehnt. Noch ein Wort über meine Erklärung, daß wir im Falle eines Angriffskrieges unter keinen Umständen dulden würden, daß deutsches Land verloren geht. Ich habe mich gewundert, daß diese Erklärung innerhalb und außerhalb der Partei solches Aufsehen erregt hat. Das kommt daher, weil die meisten Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben und weil es in der Partei eine Menge junger Leute giebt, die die Parteigeschichte nicht kennen. Die gleiche Erklärung habe ich vor 34 Jahren zum erstenmal im Reichstage abgegeben und im Jahre 1890 hat es zwischen Vollmar und mir sogar zu einer Auseinandersetzung im „Sozialdemokrat“ geführt. Vollmar war damals anderer Ansicht, hat sich aber später bekehrt. In den achtziger und neunziger Jahren haben wir bei der Etatsberatung wiederholt dasselbe erklärt. Diese Erklärung steht keineswegs in Widerspruch mit unsrer Taktik, gegen den Militärstat zu stimmen, denn im Militärstat belämpfen wir das

Gewerkchaftliches.

Wie die Fälscherien vom Terrorismus der Gewerkschaften entstehen.

In dem mittelfränkischen Städtchen Herzogenaurach waltet seit einiger Zeit der fälschlich bekannte Benefiziat Würzberger, ein politischer Kampfmann ersten Ranges, der wegen seines öffentlichen Auftretens von seinen geistlichen Vorgesetzten gemahnt und strafverurteilt wurde seines Amtes. In dem genannten Städtchen ist eine große Schuhfabrik, und ein Teil der dort beschäftigten Arbeiter ist seit einem halben Jahre in einer Zahlstelle des Vereins deutscher Schuhmacher organisiert. Der geistliche Herr Würzberger und sein Anhang sehen natürlich diese junge Organisation mit scheelen Augen an und sind bemüht, ihr den Garaus zu machen, aber alle in dieser Richtung bisher gemachten Anstrengungen sind gescheitert. Kürzlich erhielt nun der Vorsitzende der Zahlstelle folgenden Brief:

Herzogenaurach, den 9. September 1904.

An die Vorstandschaft des Vereins deutscher Schuhmacher.
Die Fälle von Rohheiten und Flegelereien gewerkchaftlich organisierter „Genossen“ gegen Andersdenkende mehren sich in einer Weise, daß man von einer Verwilderung der Sitten und aller Begriffe der Gerechtigkeit und des Anstandes sprechen muß. Ein neuerlicher Fall vom Feiertag „Maria Geburt“ veranlaßt mich zu einer Mahnung an die Vorstandschaft genannter Vereinigung. Ich ging mit den Herren Vorarbeiter Maier, Wellein und Drebingler nach Hause, als wir von einem sicheren Schauffler mit einem sonst nur dießjähig Betrunklenen eiqnem Gelächter empfingen wurden, verbunden mit den Aufsen: „Alles loshschwartz! alles loshschwartz...“ dem wieder das Gelächter der Hölle folgte. Da der saubere Herr am Nachmittag an einem häuslichen Streit beteiligt war, bei dem die Streitsteile mit Messern aufeinander losgingen, entgegnete ihm der davon unterrichtete Herr Wellein treffend: „Sei nur froh, daß sie dich heute nicht rot gefärbt haben!“ Daraufhin drehte der verlogene Purche den Stil um und schlug einen furchtbaren Wähl auf, als ob wir („Schwarze“) ruhig des Weges gehende Leute angerepelt hätten, usw.

Ich frage daher: „Ist das die freigewerkchaftliche Erziehung und Bildung? Was bedeutet der „Verein deutscher Schuhmacher“ gegen das überhandnehmende Rohdthum in seinen Reihen zu thun, wenn anders er nicht den Anschein erwecken will, ein Verein von Lausbuben statt von Männern zu sein?“ Warum können einheimische Arbeiter nicht den Anstand gegen politische Gegner wahren, wie man manchem von auswärts, wie z. B. Herrn Rippold, nachträhen kann? Müßten denn politische und religiöse Gegenseite gerade auf dem Wege der Unanständigkeit, Gemeinheit und Niedertracht nach Art von Gassenjungen ausgetragen werden? Falls die Gewerkschaft hier nicht selber Abhilfe schafft, bin ich gezwungen, jeden Fall sozialistisch-gewerkchaftlichen Terrorismus auf der Kanzel und in der Presse mit Namensnennung des Vereins und des Mordlings öffentlich zu brandmarken.

Ergebnis

Würzberger, Benefiziat.

Die Anmahnung und Dreistigkeit, die aus diesen Zeilen spricht, wird am besten erfüllt durch die Thatfache, daß der von Herrn Würzberger namhaft gemachte Uebelthäter Schauffler gar nicht Mitglied der Zahlstelle noch irgend einer andern Organisation gewerkchaftlicher oder politischer Art ist! Herr Würzberger hätte es leicht gehabt, sich vor Abfendung seines dreisten Briefes hiervon zu überzeugen. Das hat er aber jedenfalls auch gar nicht beabsichtigt. Auf die ihm brieflich übermittelte Feststellung des Vorsitzenden hat er bis heute geschwiegen. Es scheint also bei ihm an „Erziehung“ zu mangeln, sonst hätte er wegen der erhobenen schweren Beschuldigungen, deren Grundlosigkeit ihm sofort dargezhan wurde, sich entschuldigen müßen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei Siemens und Halske.

Am Sonnabendnachmittag hat sich die Firma bereit erklärt, über die Beilegung des Streiks im Mühlampfenwerk zu verhandeln, und noch am selben Tage fand eine Vorberatung zwischen den Vertretern des Werkes und dem Arbeiterausschuss statt. Die Verhandlungen wurden am Montag und Dienstag fortgesetzt. In den mehrestündigen Verhandlungen ist noch kein Resultat erzielt worden; es wird auch noch am Mittwoch weiter verhandelt werden. In einer Besprechung der Streikenden wurde gestern vormittag über das bis dahin erzielte Ergebnis der Verhandlungen berichtet. Den Forderungen der Streikenden gegenüber hatte die Direktion Einigungsvorschläge gemacht, die aber in den Hauptpunkten auf eine Ablehnung hinausliefen. Hinsichtlich des geforderten Mindestverdienstes von 25 Pf. pro Stunde hatte die Direktion erklärt, daß dies für gelernte Arbeiterinnen gegenstandslos sei, da die bei weitem meisten dieser Arbeiterinnen mehr als 25 Pf. verdienen und im Durchschnitt, einschließlic der lernenden Arbeiterinnen, sogar 27,4 Pf. pro Stunde verdient werde. — In der Besprechung der Streikenden wurde hierzu bemerkt, daß bei dieser Durchschnittsberechnung die Löhne der Vorarbeiterinnen und Kontrollleurinnen mitgezählt seien und daß im allgemeinen bei der Firma so verfahren werde, daß man einzelne Arbeitskräfte anständig bezahle, die große Masse der Arbeiterinnen sich jedoch mit allzu geringen Löhnen zufrieden geben solle. Lebrigens sei es ja der Firma um so leichter, jene bescheidene Forderung anzuerkennen, wenn die Löhne schon jetzt dementsprechend bemessen wären. — Ferner erklärte sich die Direktion bereit, eine Erhöhung der Löhne der lernenden Arbeiterinnen in Erwägung zu ziehen. Die Forderung, die alten Accordpreise bestehen zu lassen, und wenn Preisveränderungen nötig sein sollten, vorher mit dem Arbeiterausschuss zu verhandeln, meinte die Direktion, sei erledigt durch die Fabrikordnung, wonach der Arbeiterausschuss berufen ist, Lohnstreitigkeiten der Firma vorzutragen. Hinsichtlich der übrigen Forderungen zeigte die Direktion teils ein gewisses Entgegenkommen, teils erklärte sie sie für selbstverständlich, wie z. B. die Forderungen von Schutzkleidung für Säurearbeiterinnen, von Wascheinrichtungen usw. — In der Besprechung der Streikenden wurden die Vorschläge der Direktion einstimmig abgelehnt, jedoch Gegenwortschläge gemacht, die, was die Hauptpunkte anbetrifft, darauf hinausgingen, daß der Mindestverdienst von 25 Pf. für alle Arbeiterinnen, aus schließlich der Lernenden, verlangt wurde; Lehrlingemädchen in der ersten Woche 20 Pf., in der zweiten 22 Pf., und in der dritten Woche 25 Pf. pro Stunde erhalten sollten. Der Punkt, die Accordpreise betreffend, wurde wie folgt abgeändert: „Für das Normieren derellen wird der alte Accordpreis von 9 Pf. pro 100 Stück anerkannt; die Direktion gebietet jedoch noch Aufnahme der Arbeit über Verabreichung dieses Accordpreises mit dem Arbeiterausschuss in Verhandlungen zu treten. Dies wird auch bei allen zukünftigen Accordreduzierungen geschehen, sobald die einzelnen Arbeiterinnen sich nicht mit dem Meister einigen.“ Auch in einigen andern Punkten kamen die Streikenden der Direktion entgegen. Die für selbstverständlich erklärten Forderungen wurden natürlich aufrechterhalten.

Dem Beschluß der großen Versammlung vom Freitag entsprechend hatten die Arbeiter von 4 Abteilungen der Firma gestern morgen die Arbeit eingestellt, wodurch die Zahl der Streikenden um 144 erhöht wurde.

Maurer, welche aus Königsberg in Berlin zur Zeit noch in Arbeit stehen, mögen vorläufig noch nicht nach Königsberg zurückkehren, da trotz Aufhebung des Streiks noch verschiedene Schwierigkeiten beständig werden müßen.

Die Hausdiener, Bader und Lagerarbeiter der Firma Herd, Aschelm sind in den Streik getreten. Schon seit Jahren herrscht in diesem Betriebe ein Wirrwarr in der Lohnregulierung. Die Löhne wurden ganz willkürlich festgesetzt, so daß Hausdiener, welche bereits 7 Jahre im Betriebe beschäftigt waren, denselben Lohn erhielten

wie solche, die erst 4 und 6 Monate thätig waren. Diesem unfairen Zustand abzuweichen, versuchten die Arbeiter dadurch, daß sie vor 8 Tagen der Firma eine Lohnskala vorlegten, welche die Löhne für alle in Betracht kommenden Arbeiter grundfahlich regelte. Die Firma beschloß, diesen Wünschen eine wohlwollende Untersuchung angedeihen zu lassen und dann der Kommission Rache zu geben. Da jedoch am Donnerstag noch kein Bescheid gegeben war, versuchten die Kommissionmitglieder, durch Vorstellenwerden einen endgültigen Bescheid zu erzielen. Diesen Plan vereitelte jedoch die Firma; dafür wurden am Sonnabend 7 Mann als entlassen erklärt. Wegen dieses provokatorischen Vorgehens beschloßen sämtliche Hausdiener, Bader und Lagerarbeiter, am Montag die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, bevor die Entlassenen nicht wieder eingestellt werden und eine einheitliche Lohnregulierung nach Maßgabe der eingereichten Forderung anerkannt wird. Die Kommission, welche am Montag früh nochmals durch eine Verhandlung mit der Firma eine Einigung herbeizuführen versuchte, wurde von dem Betriebsleiter Herrn Daute abgelehnt und von Herrn Paul Aschelm zur Fabrik hinausgewiesen. Es ist der Firma bis heute noch nicht gelungen, mehr denn 5 Streifsbrecher heranzuschaffen. Die Herren Vorgelegten waren vollzählig auf den Beinen, um in Herbergen, Arbeitsnachweisen jeder Art, sowie auch auf der StraÙe Arbeitswillinge zu suchen. In ganzen Trupps wurden dieselben den Herren bei der Ankunft vor der Fabrik wieder abgenommen. Die Situation ist günstig für die Streikenden. Selbst Hausdiener, welche bereits dreimal von der Firma entlassen worden sind, werden gebeten, Arbeit anzunehmen. Die Ausständigen sind bis auf einige junge Arbeitsburtschen im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisiert.

Zu dem Streit der Mehlführer ist zu berichten, daß am Montagabend eine Verhandlung der Mehlführer mit der Kommission der Aufseher einestseits und der Mehlschlichter und Führer andererseits stattgefunden hat. Die Aufseher haben ihre Forderung hinsichtlich der Abfragegebühr zurückgezogen und fordern nunmehr einen Wochenlohn von 36 M. Da die Bewilligung seitens der Führer von den Zugeständnissen der Aufseher (Mehlschlichter) abhängig ist, erklärten die Führer auf Grund der bisherigen Zugeständnisse seitens der Aufseher, nur 33 M. pro Woche an die Aufseher zahlen zu können. In einer Versammlung der ausländigen Aufseher, welche am Dienstagnachmittag im Englischen Garten tagte, wurde einstimmig beschloßen, an der Forderung von 36 M. Wochenlohn festzuhalten und die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis dieser Lohn bewilligt ist. Die Situation ist für die Streikenden günstig, da sich mit Rücksicht auf die schwere und verantwortungsvolle Arbeit Streifsbrecher bis jetzt nicht gefunden haben.

Achtung! Luzerpapierbranche. In folgenden Verfabren befinden sich unsere Kollegen und Kolleginnen im Streit: Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 29; Scherndorfer u. Co., Reinholdsdorferstr. 54b; Pinkersth, Schleifdammstr. 8; Wöhme, Reichenbergstr. 158 und Hochstein u. Weinberg, Wasserthorstr. 50. — Zugang ist streng fernzuhalten!

Die Lohnkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter. Auf der Zusammenkunft der Werkstattdesigierten des Ostens in den Andreas-Festhäuser waren 30 Pianofabrikanten vertreten, und wurden laut Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung die Forderungen in den einzelnen Betrieben festgelegt. Am Montag, den 26. September, findet in Kellers großes Saale in der Koppensstraße die entscheidende öffentliche Versammlung statt.

Die Lohnbewegung der Gärtler und Dräcker hat bereits den Erfolg gehabt, daß drei Firmen, die mehr als 100 Gärtler beschäftigen, sowie zwei Firmen mit 11 Dräckern den Tarif unterzeichnet haben. Es handelt sich ausschließlich um solche Fabrikanten, die den Arbeiterforderungen im Streit des vorigen Jahres entschiedenem Widerstand entgegensetzten. — Die Versammlung erneuerte den Beschluß vom Sonntag, indem sie auf neue erklärte, daß in allen Betrieben, wo der Tarif nicht unterschrieben ist, am Mittwoch (heute) früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. — Ferner machte Cohen darauf aufmerksam, daß es von dem Beschluß, den der Unternehmerverband in dieser Angelegenheit fassen wird, abhängt, ob der Bewegung seitens der Arbeiter aus tatsächlichen Gründen eine weitere Ausdehnung gegeben wird, wie bisher beabsichtigt war.

Spandau. Wegen fortgesetzter Mahregelung der organisierten Kollegen in der Lichtfabrik Montard u. Co. legen gestern die Bader die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Der Kampf in Königsberg beendet. Die Maurer haben, wie schon telegraphisch gemeldet, in einer überaus stark besuchten Versammlung den Streik für beendet erklärt. 24 Wochen hat dieser vom Arbeitgeberverbande angezettelte Kampf gedauert. Noch nie hat die Provinz Ostpreußen einen derartigen Streik gesehen. Es war kein Lohnkampf mehr, es war eine Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit. Und das Facit dieses Kampfes ist, daß der Lohn von 50 Pfennig pro Stunde, wie er vor dem Streik festgesetzt war, bis zum 31. März 1905 bestehen bleibt. Vom 1. April 1905 wird der Lohn um 5 Pf. erhöht. Die Nebenforderungen konnten nicht durchgesetzt werden. Belamlich hatten die Unternehmer beschloßen, mit den Maurern nicht eher zu verhandeln, als bis diese die Arbeit bedingungslos aufgenommen hätten. Das haben sie nicht durchsetzen können. Sie haben sich zum Verhandeln herbeilassen müßen, und den Maurern ist auch durch die Vermittelung des Reichstags-Abgeordneten Genossen Haase der Stundenlohn von 55 Pfennig garantiert worden. Mitbestimmend für die Beendigung des Streiks war, daß der Zugang nach Königsberg immer größer wurde. In jedem Jahre kommen viele Maurer aus der Provinz nach der Stadt und erhalten auch Arbeit. Es war noch stets möglich gewesen während des Streiks, diesen Zugang möglichst abzufahren. Doch das wurde von Tag zu Tag schwerer. Ferner waren die Streikenden auf sich ganz allein angewiesen, während den Unternehmern von allen Seiten bereitwillig Hilfe geleistet wurde. Die Bauten blieben liegen. Ja, selbst die Stadt wartete mit den wichtigsten Arbeiten zwölf Wochen. Die Polizei ging in bekannter Weise vor, und der Polizeipräsident erhielt jene Verfügung, nach der Streikpostenstellen nicht gebildet werden sollte. Und warum das alles? Warum dieser Miesenkampf? Weil das Unternehmertum die Organisation zertimmern wollte. Das ist nicht gelungen. Die Organisation ist unverfehrt aus diesem Kampf hervorgegangen, wenn er auch Miesensummen verfallungen hat. Noch sind auch viele Strafmandate zu erledigen durch die Gerichte, obwohl diese seit Monaten fast unangesehen mit den Streikführern beschäftigt sind. Hunderte Mark an Kosten und Strafen sind zu bezahlen. Viele Wochen Gefängnis sind noch zu verbüßen. Ja, selbst in Unterjuchungshaft sitzen noch einige Leute, die angeblich an einem Anstall teilgenommen haben sollen. Das ist die Lage des Arbeitgeberverbandes.

Werfen wir einen Rückblick auf den Lohnkampf. Schon im frühen Frühjahr traten die Bauhülfsarbeiter in eine Lohnbewegung. Es war zwar eine starke, aber noch recht junge Organisation vorhanden. Sie forderten 40 Pf. Stundenlohn für Rast- und Biigelträger und 35 Pf. für gewöhnliche Arbeiter. Ferner wollten sie die Accordarbeit abgekürzt wissen. Gehört recht bescheidene Forderungen. Selbst der genügend bekannte Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes hatte ihre schlechte Lage anerkannt, und zwei Jahre vorher zu dem Gauleiter der Maurer gesagt: „Sorgen Sie dafür, daß sich die Bauhülfsarbeiter organisieren, damit deren entsetzliche Lage aufgehoben werden kann!“ Die Hilfsarbeiter haben diesen Rat befolgt, aber sie wurden ländig abgewiesen ja die hochmütigen Bauvorken ließen sich nicht einmal in Verhandlungen mit ihnen ein. Am 25. März dieses Jahres traten sie in einen partiellen Streik. Die Unternehmer setzten nun den Stundenlohn auf 40 Pf. fest und sperrten am 31. März alle diejenigen aus, die nicht unter diesen

Bedingungen arbeiten wollten. Durch diesen Akt wurden 400 Maurer arbeitslos.

Deren Lohnbewegung hatte inzwischen auch begonnen. Die Maurer, deren Vertrag am 1. April abließ, hatten schon viele Wochen vorher mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen gepflogen, die aber von dem Vorsitzenden dieses Verbandes sehr geschlept wurden. Die Maurer verlangten 55 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Arbeitgeber verlangten, daß die Maurer im Jahre 1904 noch zu den alten Bedingungen arbeiten sollten. Es sollte ein Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen werden, der aber erst am 1. April in Kraft treten sollte. Darauf gingen die Maurer aber nicht ein, und am 14. April traten auch sie in einen partiellen Streik. Anfanglich drohten die Arbeitgeber auch den Maurern mit einer Aussperrung, ließen es aber doch bleiben. Bald darauf waren auch die Italiener da. Die ersten führen aber auf Ersuchen der Maurer wieder ab; aber gleich darauf kamen neue. Die Unternehmer hatten sich gut vorgeesehen. Sie waren aber jetzt schlauer geworden und riefen die Polizei um Hilfe. Diese ging denn auch in der genügend erörterten Weise gegen die Streikenden vor. Tag und Nacht wurden die Italiener bewacht, ja sogar eine StraÙe wurde zu ihrem Schutze mit Weitem verriegelt. Anfanglich war die Lohnbewegung für die Maurer sehr glänzig. 55 Unternehmer hatten nach und nach bewilligt. Doch dabei blieb es. Hiernach hat der Vorsitzende des Gewerkegerichts versucht, eine Einigung herbeizuführen. Alles umsonst! Alles vrachte an dem Starrsinn der Unternehmer ab. Diese wollten den Kampf bis ans bittere Ende. Das ist nicht eingetroffen. Moralisch ist der Sieg den die Maurer erfochten haben, glänzend. Und sie haben auch materielle Vorteile für sich errungen und eine Lohnhöhe durchgesetzt.

Die städtischen Gasarbeiter in Barmen sind in eine Bewegung zu Gunsten der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten. Ihre Forderungen sind: Abschaffung der 24stündigen Wechelschicht und dafür Einführung des Achtstundentages und der 12stündigen Wechelschicht für Betriebsleute. Einführung der achtstündigen Lohnzahlung, Bezahlung der Ueberzeit- und Feiertagsarbeit mit 25 Proz. und der Leer-, sonstigen Schmutz- und gesundheitschädlichen Arbeit mit 50 Proz. Zuschlag, Einführung der 1 1/2 stündigen Mittagspause, Verlegung der Frühstückspause und Herabsetzung der Sonntagsarbeit um eine Stunde für die regelrechten Tage-Arbeiter. Errichtung eines Arbeiterauschusses. Schaffung bestimmter Mindestlöhne und Lohnskalen in folgender Weise: Feuerleute Anfangslohn 4,00 M. pro Tag, alljährlich steigend um 10 Pf., bis zum Höchstbetrage von 4,60 M. nach sechs Jahren (bisher 3,70—4,20 M.). Erste Feuerleute 20 Pf. Zulage. Wasserstoffgas-Arbeiter 3,60 bis 4,00 M. (3,30—3,60). Maurer 4,30—4,80 M. (4,00—4,30). Schloffer, Schmieide und Maschinisten 4,00—4,80 M. (3,70—4,30). Hilfsarbeiter 3,40—3,80 M. (3,20—3,60). Mit der Vertretung dieser Wünsche wurde eine 13gliedrige Kommission betraut. Die nebenstehenden Forderungen sind früher zum großen Teil schon durchgeführt gewesen, auch die Abschaffung der 24stündigen Wechelschicht ist von den Stadtverordneten schon 1902 beschloßen gewesen, von der Verwaltung jedoch nicht eingeführt worden, weil angeblich die Arbeiter die Wechelschicht nicht geändert haben wollten. Seit Jahresfrist haben sich die Beteiligten fester um das Rammer ihrer Organisation, den Gemeinde-Arbeiterverband, geschart und steht daher wohl zu hoffen, daß zur Erfüllung dieser Wünsche ein größerer Nachdruck geübt wird.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöner Wahlkreis. Die Genossen der Schönhauser Vorstadt feiern Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Lokale der Brauerei Königshausen, Schönhauser Allee 10/11, ihr diesjähriges Herbstfest mit reichhaltigem Programm. (Siehe näheres Inzerat am Sonnabend.) Zum zahlreichen Besuch ladet ein Das Komitee.

Abstershof. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lauschen Lokale, Dismarsstr. 10, eine öffentliche Söllerversammlung statt. Schriftsteller H. H. Baegge spricht über: Christliche Lehren und die christliche Kirche. Die Geistlichen und Lehrer unseres Ortes sind hierzu eingeladen. Mit Eintritt der Polizeistunde für die Arbeiterlokale (11 Uhr) muß die Versammlung beendigt sein, die Genossinnen und Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Köpenick. Bei Nachtlis hält Genosse Hilliges heute über das Thema „Religion ist Privatfache“ einen Vortrag.

Central-Wahlverein für Kalau-Ludau (Ortsverein Berlin.) Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei G. Wehnacht, Grünstr. 21. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Lokales.

Zum Gottesdienst antreten, marsch, marsch!
Für die Fortbildungsschulen der Stadt Berlin werden belamlich an den Sonntagen eigne Frühgottesdienste abgehalten. Die Sache kam zuerst im Herbst 1895 auf und ist seitdem auf eine immer wachsende Zahl dieser Anstalten ausgedehnt worden. Gegenwärtig bestehen für etwa ein Duzend Anstalten Frühgottesdienste, die der Stadtgemeinde, da der Pastor ja nicht im Gotteslohn predigt, jährlich 6000 M. Kosten verursachen. Die städtische Verwaltung wurde zur Einrichtung dieser besonderen Gottesdienste genötigt durch den § 129 der durch Gesetz vom 1. Juni 1891 abgeänderten Gewerbe-Ordnung bzw. durch den Erlaß des Handelsministers vom 7. September 1894. Andernfalls hätte sie auf den Sonntagunterricht verzichten müßen, wenigstens zwischen 10 und 12 Uhr. Denn der heranwachsenden Jugend soll die Möglichkeit der Teilnahme am Gottesdienst gewährt werden.

Die heranwachsende Jugend will sich nun aber für diese Gottesdienste, die ihr in der Schullaude oder auch in einer benachbarten Kirche geboten werden, sehr wenig begeistern. Trotz aller Hin- und Herwerbungen, die die Dirigenten und Lehrer der Fortbildungsschulen usw. an die Schüler richten, sprechen die aus dem Stadtsaal honorierten Frühprediger vor fast leeren Bänken. Wenn doch die städtische Verwaltung einmal eine ausführliche Statistik über den Besuch der Gottesdienste aufstellen und veröffentlichen wollte! Man würde staunen wie gering die Beteiligung ist. Nur bezüglich des Gottesdienstes, der für die Zweite Handwerkerschule am Stralauer Floß in der Andreaschirche veranstaltet wird, wurde in den ersten Jahren von der Gewerbe-Deputation etwas über die Beteiligung mitgeteilt. Im Jahre 1898/99, aus dem die letzte Statistik veröffentlicht ist, wurden pro Sonntag durchschnittlich 88 Besucher des Frühgottesdienstes gezählt. Diese 88 setzten sich aber nicht aus Schülern allein zusammen, sondern mitgezählt sind, wie die Gewerbe-Deputation angab, auch die Lehrer, die natürlich mit gutem Beispiel vorangehen und möglichst vollständig dabei sein müßen, ferner noch Angehörige der Schüler, auch Konfirmanden und endlich noch sonstige Mitglieder der Andreaskirche. Wie groß oder vielmehr wie klein mag da die Zahl der teilnehmenden Fortbildungs- und Fachschüler gewesen sein? Aus den folgenden Jahren sind keine Angaben mehr gemacht worden. Es wurde in den Berichten der Gewerbe-Deputation nur noch von einer „ähnlichen Frequenz wie früher“ gesprochen. Mehr dürften es hiernach nicht geworden sein, eher noch weniger.

Die Dirigenten und Lehrer fühlen sich verpflichtet, regelmäßig an die Frühgottesdienste zu erinnern und zum Besuch aufzufordern, aber sie haben, wie gesagt, wenig Erfolg damit. Die Form, in der diese Hinweise gegeben werden, ist nicht immer ganz einwandfrei. Aus der 10. Fortbildungsschule, Reichenbergstr. 44, wird uns mitgeteilt, daß der Dirigent, Herr Kandler, kürzlich ein eigenartiges Ermahnungsverfahren angewandt hat. Aus einer Klasse waren dem auffordernden Lehrer nur ein paar Schüler zum Gottesdienst nach der Aula gefolgt; die meisten waren wie gewöhlich, in dem Klassenzimmer zurückgeblieben. Als bald erschien Herr Kandler in der Thür und wiederholte die Auf-

forderung. Doch niemand erhob sich, um hinaufzugehen. Da trat Herr Kändler in die Mitte des Saales und rief erregt, er werde denen die Hände reichen, die nicht freiwillig gingen. Hierauf zogen es die meisten vor, „freiwillig“ zu gehen — mit Ausnahme der ältesten Schüler. Später scheint es Herr Kändler ratjam gehalten zu haben, gegenüber den älteren Teilnehmern am Fortbildungserunterricht einen Rückzug anzutreten. Am nächsten Sonntag kam er wieder und erklärte, bezüglich des Gottesdienstes wolle er keinen Zwang ausüben, namentlich nicht gegen die älteren Herren. Aber von den jüngeren Leuten erwarte er Beteiligung. Bei ihnen müsse es geben, wie beim Soldaten: Zum Gottesdienst antreten, marsch, marsch!

Der militärkundige, gottesdienstfertige Fortbildungsschul-Direktor wird natürlich den Beifall der gesamten Nuderpresse aller Konfessionen finden. Daß der „Vorwärts“ dieses Verfahren tadelt, wird dieser Presse ein neuer Anlaß sein, über angebliche Verletzung des Programms, „Religion ist Privatfache“ zu zern. Wenn diese Exzesse nicht so über alle Maßen einsichtig wären, so müßten sie eigentlich sogar noch dafür danken, daß sie gegen das Ernennungsverfahren des Herrn Kändler Einspruch erhoben. Die Art, in der dieser Herr zur Teilnahme am Gottesdienst nötigt, entspricht nicht dem Wesen der Religionsübung, und er erreicht dadurch auch nur das Gegenteil von dem, was die Freunde der Kirche wünschen werden. Die Wuh-Teilnehmer nehmen tatsächlich nicht am Gottesdienst teil, wenn sie auch dabei sind. Sie treiben während des Gottesdienstes allerlei Unfug, was hat uns darüber böse Dinge erzählt. Widerstrebt es nicht den Dienern und Helfern der Kirche, neben ein paar ehelich Andächtigen eine Schar von Heuchlern um sich zu sammeln?

Die Direktion der „Großen“ wehrt sich!

Zu den Vorwürfen, die in der Presse wegen der Verteuerung der Straßen-Abonnements gegen die Direktion der „Großen Berliner Straßenbahn“ erhoben worden sind, hatte diese zunächst geschwiegen. Nachdem aber inzwischen die Gemeindevorstellung eines Vorortes, das benachbarte Neu-Weihen-see, gegen die Verteuerung Protest beschlossen hat, hält es die Direktion für ratsam, sich endlich zu äußern. Sie hat der Gemeindevorstellung am 20. September ein Rechtfertigungsschreiben übersandt, in dem es unter anderem heißt:

Bis zum 1. Januar 1901 betrug der Preis des billigsten Monatsabonnements 8,50 M. (Benutzung zweier Strecken); dasjenige für Benutzung aller Linien 25 M. In der Erwartung, daß durch den damals erst auf der Mehrzahl der Betriebslinien zur Einführung gelangenden 10 Pf.-Einheitsarif bei der fortschreitenden Ausdehnung des elektrischen Betriebes einerseits ein starkes Anwachsen der Einnahmen, andererseits ein Rückgang der Betriebsausgaben stattfinden werde, schritten wir zur Ermäßigung der Abonnementspreise bis zur jetzigen Höhe von 6 M. bzw. 15 M. pro Monat. Die Folge dieser weitgehenden Verbilligungen in Verbindung mit dem Umstande, daß allmählich zahlreiche Betriebslinien durch Zusammenlegung früher getrennter Linien häufig in ihrer Länge mehr als verdoppelt wurden und dadurch für das Abonnement sich erheblich vorteilhafter gestalteten, zeigte sich bald dahin, daß die Zahl der Abonnenten (insbesondere für eine und für alle Linien) außerordentlich zunahm. In dem Zeitraum vom 1. Januar 1900 bis dahin 1901 erhöhte sich der Fahrzeilverkehr um nur 14 Proz., die Zahl der Abonnementsfahrten um 260 Proz. Die Betriebsleistungen mußten fortgesetzt stark erhöht werden, die erhofften Erparnisse im elektrischen Betriebe traten, wie auch bei allen andern Straßenbahnen, nicht nur nicht ein, sondern es waren zum Teil wesentliche Mehrkosten zu verzeichnen. J. B. stiegen in den letzten 5 Jahren die Kosten der Revision und Unterhaltung der Wagen, sowie diejenigen der Unterhaltung und Erneuerung des Oberbaues um fast das Fünffache.

Die laufend angestellten genauen Beobachtungen des Abonnementsverkehrs und die wiederholt jährlich vorgenommenen Zahlungen ließen sich klar erkennen, daß seitens der Abonnenten von der ihnen eingeräumten Umstiegsberechtigung bei den langen Betriebslinien ein fortgesetzt steigender Gebrauch gemacht wurde, und zwar oft zum Nachteil der den vollen Tarif zahlenden Fahrgäste. Die vorerwähnten Zahlungen ergaben auch das Resultat, daß der Erlös für die Einzelsahrt, insbesondere bei den Abonnements auf sämtlichen Linien des Netzes vielfach bis auf 2 1/2 Pf. herabgesunken war. Die wiederholt nach verschiedenen Grundrissen angestellten Berechnungen der Selbstkosten der Abonnentenbeförderung führten zu dem ziemlich übereinstimmenden Endergebnis, daß die Ausgaben dieser Beförderung (ohne jegliche Verzinsung des Umlagekapitals) die Einnahmen um jährlich 450—500 000 M. überschritten.

Wäre das wahr, so könnte man der „Großen“ die Preisserhöhung nicht verdenken. Bis auf weiteres gestatten wir uns aber, es nicht zu bezweifeln, daß diese Berechnung der Wahrheit entspricht. Sie ruht sich auf die gelegentlich vorgenommenen Zahlungen der Zeitfahrkarten, bei denen aber sind sämtliche Fälle, in denen ein Zeitfahrkarteninhaber irgendwo auf einem Straßenbahnwagen „betreten“ wurde, als Vollfahrten gezählt worden, auch wenn er zum Zweck schnelleren Fortwärtkommens nur aus einem Wagen in den andern gestiegen war. Danach hat auch die weitere Berechnung, die die Zuzufuhr einem in der bürgerlichen Presse aufgemachten Rechenexempel über die Unkosten pro Fahrt entgegengesetzt, wenig Wert. Die Direktion hat in ihrem eignen Geschäftsbericht pro 1903 erklärt: „In einem dem Verkehrseifer entsprechenden Verhältnis stiegen auch die Verkehrsvernahmen, während die Betriebsleistungen diesen gegenüber ein etwas geringeres Anwachsen aufwiesen.“ Da wird es schwer halten, die Berliner jetzt vom Gegenteil zu überzeugen.

Im letzten Teil ihres Schreibens sucht die Direktion die Befürchtung zu entkräften, daß die Verteuerung die Vororte und besonders Neu-Weihensee schädigen werde. Neu-Weihensee habe in den letzten Jahren eine starke Vermehrung des Straßenbahnbetriebes, eine Verlängerung der Linien und eine dichtere Wagenfolge erhalten. Durch diese Ausbahrungen dürften sich die Neu-Weihensee'er schwerlich beschwerten lassen — und die Berliner auch nicht.

Die Nr. 20 des „Wahren Jakob“, die gestern fällig war, ist ausgeblieben. Ueber die Ursache giebt folgende Mitteilung unseres Spediteurs Auskunft:

„Nach dem fast vollständigen Uebergang des Wasserverkehrs auf die Eisenbahn sind die Strecken auch der Anhalter Bahn derart überlastet, daß eine regelmäßige Beförderung der Güterzüge nicht mehr stattfindet. Auch Eilzüge, selbst Waggon der Reichspost, erleiden bedeutende Verzögerungen. Unsere Bemühungen bei der Behörde um Abstellung dieser Uebelstände sind im Gange, bis zu einer Besserung der Verhältnisse, die indessen sobald noch nicht in Aussicht steht, bitten wir unsere werte Kundschaft um freundliche Nachsicht.“

Es spricht nicht sehr für die preussische Staatsbahnverwaltung, daß sie sich aus diesen Ursachen außer Stande zeigt, dem Verkehrsbedarf zu genügen. Man muß sich damit trösten, daß sie in andern Dingen, so in der Bevornumdung der in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter, leistungsfähiger ist.

Dr. Chr. Jander geisteskrank. Von einem traurigen Geschick ist Bismarcks früherer Privatsekretär, Dr. Chr. Jander, betroffen worden. Nach dem Tode des Fürsten Otto von Bismarck entschloß sich Dr. Jander, der am 3. Oktober 1865 in Lauenburg als Sohn des Kreisrichters Christen Jander geboren wurde, sich seinem ärztlichen Berufe zu widmen. Am 1. Januar 1901 übernahm er die Stelle des leitenden Arztes am Sanatorium der Frau Meyer in der Kolonie Grunewald, Hagenstraße 48-47. Im Oktober desselben Jahres starb sein Vater und hinterließ ihm ein Haus in Bergedorf bei Hamburg. Daraufhin gab Dr. Jander am 30. Januar 1902 seine ärztliche Stellung in Grunewald auf und siedelte nach Bergedorf über, um dort in seinem eignen Hause ein Sanatorium zu errichten. Jetzt kommt aus Hamburg die Nachricht, daß Dr. Jander sich als Geisteskranker in der Irrenanstalt Friedrichsberg bei Hamburg befindet. Die ersten Zeichen der Geisteskrankheit machten sich bereits im Frühjahr bei dem Bedauerndwertigen

berartig bemerkbar, daß seine Unterbringung in ein Pflegeanstalt zur Notwendigkeit wurde.

Das Polizeipräsidium teilt uns mit: Am zahlreichen Besuch aus Interessentenkreisen entgegenzukommen, und da die im § 4 der Polizeiverordnung über das Meldewesen vom 8. September dieses Jahres vorgeschriebene Meldeformulare bis zum 1. Oktober dieses Jahres, dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung, in der erforderlichen Anzahl voraussichtlich bei der gegenwärtigen Lage der Papierindustrie nicht fertiggestellt werden können, ist nachgelassen worden, daß bis Ende Dezember dieses Jahres auch die bisherigen Formulare für An- und Abmeldungen noch Verwendung finden dürfen.

Der falsche Kriminalwachtmeister, von dessen Schwindelkünst wir berichtet, ist gestern festgenommen worden. Der Mann kam nach Moabit, erzählte einem Gaistwirt, er sei der neue Wachtmeister des Reviers, fragte ihn, wie es mit seiner Radikongezion stehe, und deutete an, daß er beauftragt sei, wegen Verlängerung der Schauplatz-Erlaubnis-Erfindungen über seinen Geschäftsbetrieb einzugehen. Zufällig kam er an einen Wirt, der gar keine Verlängerung wünscht, sondern mit dem, was er hat, zufrieden ist. Der Wachtmeister ließ aber nicht nach, erzählte nun auch wieder seine Leidensgeschichte mit den kranken Kindern und bat endlich um ein kleines Darlehen. Unterdessen ließ der Wirt einen Schutzmännchen holen und den Wachtmeister festnehmen. Der Schwindler nennt sich Willy Reigner aus Fürstenberg a. O., will ein gutes Stück der Erde, u. a. auch Algerien und die Türkei bereits haben und zuletzt beim „Hamburger Fremdenblatt“ angestellt gewesen sein. Wer er eigentlich ist, weiß man noch nicht so recht.

Aus dem Leben des alten Thomas werden bei seinem so unerwartet erfolgten Tode noch manche zum Teil recht schmerzhaften Einzelheiten erzählt. So sollte Thomas einmal am königlichen Schauspielhaus engagiert werden, aber sein Liebermüt machte diesen Plänen ein schnelles Ende. Bei Gelegenheit einer Probe trat er auf den berühmten Helden Hektor R. zu, klopfte ihm liebenswürdig auf die Schulter und sagte mit stark erhobener Stimme zu ihm: „Nun, mein lieber Kollege, sind Sie auch an dieser Schmiere engagiert?“ Die hierauf folgende Situation kann man sich wohl ausmalen. Ein andres Mal wurde er in einer Gesellschaft gefragt, wie er über Regenfontänen denke? Er entgegnete: „Meine Ansichten über die Theatertexte möchte ich Ihnen gern mitteilen, aber der Siderheit wegen möchte ich damit doch so lange warten, bis ich einmal Mitglied des Selbstmörderklubs geworden bin!“

Zur Warnung für Schlächtermeister teilt das Polizeipräsidium mit: Eine Frauenderson, welche bei Schlächtermeistern als Verkäuferin eintritt, schädigt diese auf folgende Art und Weise: Die Person operiert mit einem jungen Manne im Alter von ca. 20 Jahren. Dieser schickt kleine Anaben von der Straße nach dem Geschäft und läßt der Verkäuferin ein Portemonnaie überbringen, zugleich fordert der Anabe etwas Wurst, die Frauenderson entnimmt darauf der Ledertasche Geld, füllt damit das Portemonnaie und giebt dieses und die geforderte Wurst dem Anaben zurück, welcher es dem Manne zurückbringt. Dieser Teufel wird täglich mehrere Male wiederholt. Die Frauenderson verführt nach einigen Tagen heimlich wieder. Sie legt beim Antritt falsche Papiere vor und giebt verschiedene Namen an. Sie ist ca. 22 Jahre alt, 1,45 Meter groß, hat blaues rundes Gesicht und spricht hannoverschen Dialekt. Vor beiden Personen wird gewarnt und ersucht, dieselben eventuell zur Tagelohnnummer 86/8 IV/27. 04. festzunehmen zu lassen.

Im Polizeigewahrsam verstorben ist in der vergangenen Nacht gegen 3 1/2 Uhr ein 45-jähriger, von seiner Frau getrennt lebender Mann, der vor einem Hause der Prenzlauer Allee von Schuppenleuten bestmungslos aufgefunden und nach der Inhaftierung in der Weibelstraße gebracht worden war. Man hielt dort der Zustand anscheinend nicht für bedenklich, worauf der Kranke dem Gewahrsam zugeführt wurde, wo er jedoch bald verstarb.

Plumpe Erpressungsversuche machte ein Kaufmann Herrmann Wüttner gegen die hiesige Regimentskommandeure. Er schrieb den Herren Obersten, er sei Redaktionsbote des „Vorwärts“, in welchem in der nächsten Zeit ein Artikel über das ausschweifende Leben ihrer Offizierskorps und überhaupt ihrer ganzen Regimenter erscheinen solle. Wenn ihnen aber daran liege, so löme er, der Reaktionsbote, das Erscheinen des Artikels verhindern. Dafür müsse ihm der Herr Oberst jedoch so und soviel nach einem bezeichneten Postamt senden. Einen so dummen Erpresser zu fangen, war natürlich nicht schwer. Man schrieb ihm unter dem verlangten Zeichen, und als er kam, um den Brief abzuholen, standen Kriminalbeamte bereit, ihn in Empfang zu nehmen. Auf einen Augenblick entschloß er sich noch und rannte von der Invaliden- nach der Aderstraße. Dort wurde er aber eingeholt und ergriffen. Wüttner ist nie in einer Redaktion beschäftigt gewesen, auch nicht als Bote. Bei einem ähnlichen Schwindel wurde kürzlich erst in Kottbus ein Berliner Kaufmann festgenommen.

Angesetzt wurde gestern ein kleines Mädchen von etwa 14 Tagen auf dem Flur des Hauses Koppenstraße 3. Es war mit einem weichen Gendchen und Zäpfchen besetzt, in grüngrauen Hüllchen eingewickelt und dann noch in gelbliches Padpapier eingehüllt. Der Findling wurde nach dem städtischen Waisenhaus in der Alten Jakobstraße gebracht, die Nachforschungen nach seiner Mutter hatten noch keinen Erfolg.

Der in Arbeiterkreisen rühmlich bekannte Gesangsverein „Typographie“ veranstaltet aus Anlaß seines fünfundsingzigjährigen Bestehens am Sonntag, den 25. d. M., im Saale der „Neuen Welt“, Hagenheide, ein Festkonzert mit einem besonders gewählten Programm. Außer der gutgesungenen Sängerschar, unter Leitung des Chormeisters Herrn Alexander Weinbaum, wirken bei dem Konzert mit die Herren Leo Gollanin (Tenor) und Alexander Geyne (Bariton), sowie das 50 Mann starke Berliner Tonkünstler-Orchester unter Leitung des Herrn Baumann. Zur Aufführung kommen u. a. eine mittelalterliche Genußhymne für Chor, Tenorsolo und Orchester, sowie das Oratorium „Columbus“ von Brambach. Da ein Rosenverkauf der Billets nicht stattfindet, verweisen wir auf die im heutigen Inserat bekannt gegebenen Vorverkaufsstellen, in denen Billets zum Preise von 75 Pf. zu haben sind. Da während des Konzerts im Saale nichts serviert wird, ebenso das Rauchen verboten ist, sind die Voraussetzungen zu einem gemüthreichen Abend gegeben.

Die Urania versendet gegenwärtig das Programm der im kommenden Quartal stattfindenden gemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Vorträge. Die Lehrkurse umfassen: 9 Vorträge über „Einführung in die Elektrotechnik“ (Dr. V. Donath); 10 einstündige Experimentalvorträge über „Funkentelegraphie und drahtlose Telephonie“ (Dr. V. Donath); 4 Vorträge mit Lichtbildern über „Einführung in die Erdkunde“ (Dr. P. Schwahn); 10 Experimentalvorträge über „Anorganische Experimentalchemie“ (Dr. H. v. Arnsh); 4 Vorträge mit Lichtbildern über „Das Sonnensystem“ (Dr. F. Rippenpart) und 4 Vorträge mit Lichtbildern über „Die Fixsternwelt“ (Dr. F. Rippenpart). Ausführliche Prospekte sind an der Kasse der Urania erhältlich oder werden an Interessenten auf Wunsch kostenlos zugeandt.

Aus den Nachbarorten.

Die Gemeindevorstellung von Wilmsdorf hat am Montag ihre erste Sitzung nach den Ferien abgehalten. Am Reformrealgymnasium sollen zu Ostern nächsten Jahres die Stellen zweier Oberlehrer und eines Vorschullehrers neu besetzt werden. Die Summe von 288 M. wurde ferner für die weitere Ausgestaltung des Feuerlöschwesens bewilligt. Im Zuge der Ringbahn- und Varginerstraße soll ein Reitweg geschaffen werden; auch soll die Varginerstraße sowie die Laubacherstraße reguliert werden. Die Vertretung lehnte es aber ab, die vom Eisenbahnministerium für die Herstellung eines zweiten Zuganges zum Ringbahnhof geforderte Summe von 35 000 M. zu bewilligen. Ferner wurde grundsätzlich beschlossen, die Bau- und Polizeibeamten gegen Unfälle aus außerordentlichen Anläufen zu versichern. Weiter wurden bewilligt 335 M. für Lehrmittel in der Fortbildungsschule und 10 000 M. für Anlagen auf dem Wiesen-

berge (Stag D) in der Nähe des künftigen Rathauses. Der Platz umfaßt 16 000 Quadratmeter, ist also dreimal so groß wie der Kaiserplatz; im Ganzen erfordert die Ausgestaltung 80 000 M.

Die Verführung in Steglitz. Man schreibt uns aus Steglitz: Seit Sonnabend schwirrten allerlei Gerüchte umher über die Entdeckung einer geheimen Verbindung mit Gott, wobei welchen hochbeträgerischen Zielen. Mittlerweile sind nun folgende Thatsachen bekannt geworden, aus denen hervorgeht, in welcher Gefahr unser Dorf geschwebt hat. Am Schluß der vorigen Woche sollte die Prüfung an den höheren Schulen stattfinden. Da lief am Morgen des Prüfungstages bei der Schulaufsichtsbehörde ein anonymes Schreiben ein, durch welches „gepfiffen“ wurde, daß eine Anzahl Oberrealschüler einer geheimen Verbindung angehörte. Die Folge dieser, wie angenommen wird, von einem „Ausgeflogenen“ aus Rache verübten Denunziation war zunächst, daß die angezeigte Prüfung verschoben wurde und die namhaft gemachten Staatsverbrecher, die ahnungslos und festiglich gekleidet das Schulhaus betreten, auf einige Stunden in den Marjer wanderten, wo sie Zeit hatten, darüber nachzudenken, daß es nicht immer geraten ist, einen „Geheimbündler“ desfalls anzusprechen. Weil er sich weigert, auch fernherhin nur die sachungsgemäß zugelassenen „Elefanten-Cigaretten“ zu rauchen. — Der „Präsident“ des „Geheimbundes“ (der den edlen Zweck verfolgte, die Mitglieder im Rauchen und lömmelmäßigen Trinken auszubilden, damit sie später als Corpsstudenten würdig die „Würde der Nation“ darstellen können) hat nach einer Strafbredigt des Herrn Direktors coram publico vorgezogen, freiwillig den Staub des Stubentrauchplatzes von den Füßen zu schütteln. Ob die Primaner-Mitglieder ihrem Sekundaner-Präsidenten folgen, ob sie „gegangen“ werden“ oder ob man Gnade für Recht ergehen läßt, was wir den „Amstuzler“ wünschen möchten, ist noch nicht entschieden. Einstweilen ist nur die verschobene Prüfung auf Mittwoch festgesetzt worden.

Wie schlimm es um die Hiffelstung bei Unglücksfällen in den meisten Berliner Vororten bestellt ist, zeigt folgender trasse Fall, der hiesigen Mättern mitgeteilt wird: Acht Radfahrer, die am Sonntagabend in der ersten Stunde von Velikhof kamen, fanden auf der Chaussee nach Hundeshke einen Mann bewußtlos neben seinem Zweirade auf der Erde liegen. Sie versuchten zunächst, den Verunglückten in ein naheliegendes Bahnhäuserhaus zu schaffen, doch wurde dort nicht nur die Aufnahme des Verletzten, sondern auch die laufweise Ueberlastung irgend welcher Erfrischung verweigert, weil man davon nur Schererei habe. Mehrere Herren fuhren nunmehr nach dem in der Bernerstraße belegenen Polizeibureau der Kolonie Grunewald, um dort Hilfe für den Verunglückten, einen Schlächter Richard Weise, zu erbitten. Es wurde ihnen indes eröffnet, daß „diesseits nicht veranlaßt werden könne, weil die Unglücksstelle auf Schmargendorfer Gebiet liege“. Vergeblich war der Hinweis auf die dringende Not des Verunglückten und die Unmöglichkeit, zur Nachtzeit nach Schmargendorf zu fahren. Der Beamte erklärte sich für nicht zuständig und konnte auch nicht telefonieren, weil er, wie er sagte, keinen Radfahrerschlüssel habe. Auf seinen Rat jagten nun die menschenfreundlichen Radler nach Hakensee, um auf dem Polizeibureau, Rurfürstendamm 133, Hilfe zu erbitten. Dort wurde zunächst wieder die Unzuständigkeit ins Feld geführt, dann aber setzte der Beamte — es war inzwischen gegen 12 Uhr geworden — das Radtelefon in Tätigkeit, um nach langem Wemähren den Bescheid zu erhalten, daß auf dem Schmargendorfer Polizei-Poste nach 11 Uhr niemand mehr zu erreichen sei. Betrübt wollten die Helfer von bannen ziehen, da klingelte das Telefon von neuem und der Beamte erklärte den erstauften Aufschreien, daß sie das Lokal nur nach Erlegung von 20 Pf. Gebühr für ein Nachtgespräch verlassen dürften. Kein Protest half, die 20 Pf. mußten bezahlt werden. Empört fuhren die Radler zu der Unfallstelle zurück, wo sich inzwischen die Situation noch dadurch verschimmert hatte, daß der Verunglückte von Krämpfen befallen wurde. Die Mittleidigen konnten sich nicht anders helfen, als daß sie mehrere Räder zusammenbanden, auf denen der noch immer Bewußtlose mit unendlicher Mühe und Schweißarbeiten in das Krankenhaus gebracht wurde, wo er später verbleibt daniederliegt.

Lichtenberger Scherze. Ein Gastwirt fand sich dieser Tage bemüht, aus dem Hause in der Friedrichstraße zu Lichtenberg, wo er bisher gewohnt hatte, mit Ruß auszugreifen und durch effläche sinnvolle Melodien seinen Gastwirth ob der Trennung zur Wehmuth zu stimmen. Dieser rückte sich nun dadurch, daß er im Ortsblatt folgende Annonce löstete: „Ein Arbeitswagen zum Aufheben von 20 Centner verdorbener Wurstmaren wird gesucht; erwünscht ist der Wagen ohne Ruß.“ Die Polizei hatte nämlich bei dem wegen seiner billigen Wurstmaren zur Verühmtheit gelangten Gastwirt die 20 Centner konfisziert.

Infolge einer Messergeschichte, die sich in der Nacht zum Montag zu Potsdam in der Kaiser Wilhelmstraße zutrug, haben die Mannschaften des 1. Garde-Musik-Regiments den Befehl erhalten, außerdienstlich nur mit ungeheuerlichem Säbel ausgehoben. Ueber die Ursache dieser Verordnung bringt eine Korrespondenz folgende unkontrollierbare Meldung: Von einem Tanzlokal heimkehrend wurden nach Mitternacht zwei Mannen von fünf Civilpersonen überfallen und mit Messern gestochen. Auf die Hülfsrufe der Mannen eilten zwei Schutzleute herbei und verhafteten einen Mauerergesellen, der auf einem Mannen nielte und mit seinem Messer blühdings auf ihn einschlug; die andern hatten eiligst die Flucht ergriffen. Auf der Polizeiwache wurde der Mauerer, der bei seinen Eltern mochte, wieder entlassen, nachdem man seine Personalien festgesteilt hatte. Leider sind die Verletzungen des Mannen Exner so schwer, daß sein Leben jetzt in höchstem Grade gefährdet erscheint. Er hat verschiedene Stiche in Unterleib und Kopf erhalten, sowie einen in die Lunge. Er liegt im Garnison-Lazareth. Sein Kamerad hat zwei Messerstücke im Kopf. Als man Montagvormittag den Mauerergesellen in der Wohnung seiner Eltern wieder verhaften wollte, stellte es sich heraus, daß er gar nicht nach Hause gekommen war. Er konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unglück in Frankfurt a. M. Dienstaachmittag 4 1/2 Uhr rannte die Maschine des Schnellzuges Basel—Frankfurt auf dem Frankfurter Bahnhof gegen einen Brellbod und zertrümmerte diesen. Die Maschine entgleiste und wurde beschädigt, infolge des starken Stoßes wurden acht Passagiere leicht verletzt; der Materialschaden ist gering, der Verleht in keiner Weise gestört. Das Stationspersonal nahm sich der Verletzten sofort an; sie erhielten, wo es notwendig war, einen Notverband. Wie sofort festgesteilt wurde, ist der Führer des Zuges mit nur 22 Kilometer Geschwindigkeit in den Hauptbahnhof eingefahren; wahrscheinlich hat er die Bremse zu spät in Tätigkeit gesetzt.

Ein schweres Eisenbahnunglück meldet der Draht aus Ferrara. In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr lief eine nur von einem Heizer bediente Rangierlokomotive mit einem Wagon in der Richtung auf Voggio Renato davon. Die Lokomotive, deren Führer kein Signal beachtete, stieß 4 Kilometer von hier mit einem Schnellzug von Bologna nach Venedig zusammen. Nach dem Zusammenstoß brach in dem Schnellzuge Feuer aus, wodurch der Gepäckwagen und der Postwagen vernichtet wurden. Fünf Wagon blieben unbeschädigt. Die beiden Maschinen wurden beschädigt. Ein an die Unfallstelle entsandter Hiffzug brachte die Reisenden nach Ferrara, von denen 17 Verletzungen davongetragen haben. Sechs Personen, darunter der Heizer der Lokomotive, die mit dem Schnellzug zusammengestoßen war, der Führer des Schnellzuges und ein Reisender wurden getödtet. Die Arbeiter, um die Linien wieder frei zu machen, sind im Gange.

Der Zusammenstoß ist dadurch herbeigeführt, daß der Lokomotivführer eines auf dem Bahnhof Ferrara rangierenden Güterzuges den Zug dem Heizer übergab, welcher die Maschine nicht anhalten konnte. Diese lief mit dem Güterzuge auf die Linie Bologna und stieß mit dem Schnellzuge, der 2 Uhr morgens von Bologna abgeht, zusammen. Unter den Verwundeten haben sechs Personen schwere Verletzungen erlitten; unter letzteren befindet sich Dr. Otto Ritter, Mitglied der österreichischen Handelsvertrags-Kommission.

Dritte Konferenz der sozialistischen Frauen.

1. Verhandlungstag.
(Schluß der Nachmittags-Sitzung.)
Diskussion über den Kinderschutz.

Frau Jungwirth-Dresden: Wir haben den Antrag eingebracht: „Kinder unter vierzehn Jahren dürfen als Auszubildende an Parteizeitungen nicht verwendet werden.“ Sie dürften sich vielleicht über diesen Antrag wundern. Es liegt uns auch fern zu behaupten, daß unsere „Sächsische Arbeiterzeitung“ etwa Kinder zum Ausdrucken verwendet. Aber trotzdem schaden die Kolportage oft mit sechs- bis achtjährigen Kindern die Zeitung um Haus oder lassen durch diese lastieren. Die Mednerin kritisiert dann eingehend die Kinderbeschäftigungs-Anstalten der Kommune Dresden. Von Schluß bis spät in den Abend werden die Kinder selbst mit Holzhacken und Schiffsseilen beschäftigt, für die kleinsten Unarten gibt es Schläge oder Entziehung des Verdienstes für den nächsten Tag, ein Schuh gegen Unfall ist nicht immer vorhanden. Zur Förderung der Frömmigkeit werde natürlich bei Beginn und Schluß der Arbeit ein Kirchenlied gesungen. Mednerin empfiehlt daher folgende Resolution, die wie die obige von den Genossinnen Dresdens gestellt ist: Die Konferenz möge folgenden Antrag dem Parteivorstand zur Erörterung überweisen: Die städtischen Kinderbeschäftigungs-Anstalten, welche bisher dem Kinderschutzgesetz nicht unterstellt sind, sollen ihm unterstellt werden.

Frau Göderitz-Meißenbach begründet folgenden Antrag des fünften sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die Frauenkonferenz möge Vorschläge zur Verbesserung des jetzt in Kraft getretenen Kinderschutzgesetzes machen und zwar dahingehend, daß die Handhabung des Gesetzes zu einem wirklichen Schutze wird und daß man zweitens dieses Gesetz auch auf die heimarbeitenden Kinder ausdehnt.

Diese Vorschläge sollen in einer Resolution festgelegt und diese unserer Reichstagsfraktion übergeben werden. Es liegt ferner ein Antrag der Berliner Genossinnen vor: Die Vertrauenspersonen mögen in ihren Orten Ermittlungen darüber anstellen, wieviele Kinder und in welchem Alter tagtäglich ohne Aufsicht sind, weil die Eltern der Erwerbsarbeit nachgehen müssen.

Frau Baumsche-Verlin begründet ihn mit dem Hinweis auf die zahlreichen Unfälle und schließlich mit den Worten, daß wer wie sie in der Jugend selbst die Arbeit kennen gelernt habe, den Kampf gegen sie und die durch sie verursachten Qualen voll zu schätzen wissen werde.

Frau Lub-Verlin teilt ihre eigenen Erfahrungen aus der Jugend mit. Sie habe aus eignen Leibe erfahren, was es heiße, übermäßig arbeiten zu müssen. Der Berliner Waisenverwaltung werde mehr als die Finger gesehen werden müssen. Sie gebe Waisenkindern, besonders Mädchen, auf's Land, die dort übermäßig ausbeutet würden. Ein zehnjähriges Mädchen müsse fünf Rübke täglich melken, eine Arbeit, die gar nicht ordentlich geleistet werden könne. Es sei überall darauf zu achten, wohin die Waisenverwaltungen die Kinder in Pflege geben.

Frau Plum-Essen berichtet von der Ausbeutung der Arbeitskraft kleiner Kinder beim Ausdrucken von Zeitungen und Weißbrot in ihrem Bezirke. Diesen Kindern ist es nicht möglich, ein ordentliches Frühstück zu sich zu nehmen, bevor sie in die Schule kommen. Durch die Antrage eines Lehrers wurde festgestellt, daß 25 Kinder nächsten auf der Schulbank saßen. Im Landkreise Rachen werden drei- bis vierjährige Kinder mit dem Aufhaken von Rüben, Golen und Oefen beschäftigt. Für das Aufhaken von drei Dutzend wird 1 Pfennig bezahlt; die Kinder verdienen 8 bis 10 Pf. täglich. (Hört! hört!) Der Jovirn muß von den Eltern geleistet werden. Von der Ausbeutung dieser Kinderarbeit kann sich nur der eine Vorstellung machen, der das schwarze Interneum kennt. Für diese Leute existiert kein Kinderschutzgesetz. (Lebhafter Beifall.)

Frau Wartenberg-Ottenschildert die Ausbeutung der Kinder in der Heimarbeit der Tabakindustrie; Schandlöhne werden auch für das Auspellen der Strobben bezahlt.

Frau Widmann-Lichtenberg wünscht, daß den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Accordarbeit verboten wird, weil gerade die Accordarbeit zu Lohndrückereien benutzt wird.

Frau Baumann-Altona: Während früher zum Austragen von Zeitungen nur Frauen verwendet wurden, die auf eigenes Konto Kinder verwandten, werden jetzt direkt Kinder, die über 12 Jahre alt sind, angestellt für die Stunden, wo ihre Beschäftigung zulässig ist. Die Wirkung des Kinderschutzgesetzes auf die Kolportage ist gleich Null. Es wird nach Kräfte umgangen und niemand kümmert sich darum. Bei der Parteikolportage des „Hamburger Echo“ ist die Beschäftigung von Kindern streng verboten.

Damit schließt die Diskussion.
In ihrem Schlußwort hebt Frau Ziegler hervor, daß die Resolution des 6. sächsischen Wahlkreises teils durch die Resolution der Referentin erledigt, teils bereits Gesetz ist. Die von Genossin Widmann beantragte Veränderung der Resolution (Verbot der Accordarbeit für jugendliche Arbeiter statt Herabsetzung der Arbeitszeit für diese Arbeiter auf sechs Stunden) empfiehlt sich nicht. Es muß vielmehr dafür gefordert werden, daß in den Gewerkschaften für die Vereinstellung der Accordarbeit agitiert wird. Der Antrag 1 der Genossinnen des 4. und 6. sächsischen Wahlkreises (Dresden) und der Antrag Verlin sollten angenommen werden.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Ziegler unter Ablehnung des Amendements Widmann einstimmig angenommen. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Verlin und der Antrag 1 Dresden.

Um 1/2 8 Uhr werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr verlagert.

An der Konferenz nehmen teil:
Dittlie Baader-Verlin. R. Karstens-Neumünster. Adolf Scherf-Langenselndorf. Heinrich Schulz-Bremen. für Erfurt. Marie Dadowitz-Wittenberge. August Wich-Niedhauen. Pauline Göderitz-Meißenbach i. B. Maria Böhm-Leipzig. Wilhelmine Kähler-Dromberg. Wilhelmine Kähler-Magdeburg. Linchen Baumann-Altona. Henriette Wirus-Frankfurt a. M. Vertha Jungwirth-Dresden. Frau Lina Plum-Essen. Margarete Jense-Köln. Marie Thiel-Zeltow-Weeskov. Minna Jung-Kieber-Varnim. Bertha Niemann-Gemmin. Auguste Vosse-Bremen. Meyer-Bremen. Minna Schäfer-Bremen. Marie Hof-Hamburg. Luise Ziegler-Hamburg. Agnes Fabrenwald-Hamburg. Anna Baumsche-Berlin. Bertha Lub-Verlin. August Hering-Hamburg. Remigott-Gansstatt. Josephsohn-Hamburg. Handlungsgelissen. Marie Greifenberg-Kugoburg. Wartenberg-Ottenschildert. Anna Niemann-Stralsund. Maria Ziegler-Wittenberg. Minna Vollmann-Halberstadt. Genossin Adelheid Popp-Wien. Vertretung der österreichischen Genossinnen. Genossin Nollendörfer in Vertretung des Parteivorstandes. Als Gast Genossin Widmann, Kreis Nieder-Varnim.

2. Verhandlungstag.

Die Vorsitzende Frau Ziegler eröffnet die Sonntagsitzung um 9 1/2 Uhr und gibt zunächst Frau Fabrenwald-Hamburg das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 83 Mandate für 32 Delegierte ausgestellt worden, Frau Kähler vertritt Magdeburg und Dromberg. Unter den Delegierten sind auch 6 Genossen. Als Gäste sind anwesend für den Parteivorstand Genossin Kollendörfer, für die österreichischen Frauen Genossin Popp, für den Wahlkreis Nieder-Varnim Genossin Widmann. Offen wir, so schließt die Berichtstatterin, daß die Konferenz das nächste Mal doppelt so stark besucht ist. (Beifall.)

Dann wird in der Tagesordnung fortgefahren. Zum Referat über den

Rechnungentag

wird das Wort erteilt an Fräulein Baader: Mehr als 12 Jahre ist es her, seit wir den gesetzlichen Achtstundentag für die in Fabriken

arbeitenden Frauen haben. Was hat man nicht alles seiner Einführung entgegengesetzt. Man hat behauptet, die Frauen würden dadurch völlig aus der gewerblichen Arbeit herausgedrängt werden. Aber die Unternehmer wissen, daß sie nach wie vor an den Frauen billige und willige Arbeitskräfte haben. Deshalb ist nicht nur die Frauennarbeit im selben Umfange erhalten geblieben, sondern zwischen den letzten beiden Gewerbeberühmungen von 1882 bis 1892 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen noch um 35 Prozent zugenommen. Welche Fülle von Familienglück wird dadurch erzielt! Aber den Wohlfühlenden der Frauennarbeit kann nicht dadurch abgeholfen werden, daß man die Frauen aus der Fabrik herausdrängt. Im Gegenteil wollen wir die Frauennarbeit schützen, die die Frau auf eine höhere soziale Stufe hinaushebt und ihre Tätigkeit dem Wirken des Mannes gleichberechtigt macht. Die Nachteile der Frauennarbeit zeigen sich nur in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und doch würde gerade in ihr das Verbot der Frauennarbeit die Frauen nur größerer Ausbeutung in der Heimarbeit in die Arme treiben. Dann hätte sie noch weniger Zeit, Mutter und Frau zu sein. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit kann der Familie die Frau, den Kindern die Mutter, dem Manne die Gattin wiedergeben. Wir verlangen die Verkürzung des Arbeitstages für alle Arbeiter; aber die Frauen leiden doch am schwersten unter seiner Länge. Unre Parteigenossin Frau Dr. Adams-Neumann hat statistisch nachgewiesen, wie wenig Frauen gesunde Kinder zur Welt bringen. Eine sehr große Zahl von Frauen stirbt alljährlich im Kindbett, ein Zeichen für die Verödung des Organismus durch die lang andauernde Arbeitszeit. In gleicher Weise leidet die Pflege der Kinder. In den Fabriken Sachsens sterben 88—95 Prozent der Kinder im ersten Lebensjahre. Welch eine Menschenverwüftung, welche ein Raub an der menschlichen Kraft! Wir verlangen Schutz nicht nur für die verheirateten Frauen, sondern auch für den weniger gefestigten Organismus der jungen Mädchen. Weiterhin nimmt die Arbeit ständig an Intensität zu. Als die Grummitthauer Textilarbeiter ihre minimale Forderung nach dem Rechnungentag erhoben, wiesen sie nach, daß die Weibstraße, die früher 45 1/2 Stunden in der Woche machte, jetzt deren 75—80 machen. Diesem Gang der Maschine muß sich die Arbeiterin anpassen. Und mit Recht hat hierauf Karl Marx in seinem „Kapital“ gesagt, daß wenn man den Arbeiter zwänge, um ein Viertel mehr Atemzüge zu machen, Schritte zu gehen und Arbeit zu leisten, er statt 60 nur 37 Jahre leben werde. (Sehr richtig!) Wir aber wollen das Mehr an Arbeitskraft, das wir in der Arbeitszeit ausgeben, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unserer Körper erhalten. Ein konservativer Parteiführer sagte einmal, daß man durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geradezu das Kapital konfiszieren würde. Wenn man dem Arbeiter die Arbeitskraft, sein Kapital, erhält, so konfiszieren wir es nicht. Aber wahrheitsgemäß hat der Herr an alles anders eher als an das Kapital des Arbeiters gedacht.

Seit die Arbeiterschaft Vertreter im Parlament hat, sind diese unablässig bemüht gewesen, Anträge im Sinne der Arbeitszeitverkürzung einzubringen. Ein Gesetz, das 1867 v. Schweizer „zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital“ vorschlug, kam nicht zur Verhandlung. Der Präsident forderte entgegen der Gewohnheit die schriftliche Unterstützung, und alle Fraktionen lehnten es ab, ihre Unterstützung zu dem Antrag zu geben.

Bei der Gewerbeordnung traten 1869 wieder im Norddeutschen Bundestag Schweizer, Frische, Hasenclever, Veiel und Liebmacht für die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit ein, insbesondere auch für Beschränkung der Frauennarbeitszeit und das Verbot der Kinderarbeit.

Am 11. April 1877, also ein Jahr vor dem Attentatrummel, kam ein derartiger Antrag infolge der Unterstützung der Konservativen zum erstenmal im Reichstag zur Verhandlung. Es war ein ausgearbeitetes Gesetz, das alle unsere wichtigsten Forderungen enthielt. Es wurden von Frische begründet und von Veiel verteidigt, glichen aber unersiegt. Immerhin veranlaßten die Arbeitervertreter als ungenügend wagner die Regierung zu Erhebungen, die für das nächste Jahr wenigstens zu einigen bescheidenen gesetzlichen Maßnahmen führten. In der nächsten Zeit spielte sich das Centrum wiederholt als Partei der Arbeiterfreundschaft auf. Sie wachte, daß der damals noch allmächtige Bismarck alle Beschlüsse des Reichstages im Bundesrat würde abweisen lassen. Seit das Centrum so mächtig ist, ist es in diesem Punkte viel zurückhaltender geworden.

Witten in der Wahlbewegung der neunziger Jahre fesselten die laufferischen Erlasse. Da glaubten manche noch nicht so gefestigte Genossen, jetzt werde das goldene Zeitalter für die Arbeit anbrechen. War doch versprochen, daß die Regierung die Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter schützen, ihnen Gleichberechtigung gewähren werde. Den Arbeiterinnen wurde der e-kstündige Arbeitstag gegeben, das war alles. Und durch die geringen Strafen für seine Übertretung reizt man noch heute stillosweigend zu seiner Übertretung an. Es folgten 1896 einige Schlußbestimmungen für die Konfektion, die in neuerer Zeit auf die Werkstätten der Pulverindustrie und Wäschefabrikation ausgedehnt worden sind. Jetzt verlangen wir als Etappe auf dem Wege die Herabsetzung des Arbeitstages für alle weiblichen Arbeiter, nicht nur wie das Centrum, das stets durch seine Anträge dem Fortschritt hemmend im Wege steht, nur für die verheirateten Frauen.

Am 4. Februar 1897 wurde im Reichstag der sozialdemokratische Achtstundentag verhandelt und nach dreitägiger Debatte abgelehnt. Die Regierung schwieg, wohl um es weder mit den Arbeitern noch mit den Unternehmern zu verderben. Unter den wunderlichsten Gründen lehnten die Parteien unsern Antrag ab. So begründete die freisinnige Partei ihr Nein mit der Behauptung, daß die Folge des Achtstundentages Arbeitslosigkeit und Vermehrung der Frauennarbeit sein würde. Die Konservativen ließen durch den Junker v. Buttamer erklären, solche Anträge bedeuteten eine Förderung der Revolution, und jeder gesetzliche Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages sei eine Konfiszation des Eigentums. (Hört! hört!) Freiherr v. Hegl verwies für die Nationalliberalen auf die „kolossale“ Belastung der Industrie durch die sozialpolitischen Gesetze und behauptete, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur eine Vermehrung der Völlerei in den Arbeiterkreisen bedeuten würde. Dumm und brutal wie immer meinte Freiherr v. Stumm, daß ein höherer Verdienst der Männer bloß die Arbeiterinnen zu größerer Folsucht verführen würde. (Heiterkeit.) Er meinte weiter, die Arbeiter äßen nur aus Bosheit kein Fleisch, damit ihre Lage recht traurig erschiene. (Heiterkeit.) Das zweideutige Verhalten des Centrum's mit Herrn Hise an der Spitze brachte es schließlich dahin, daß die Achtstundentagsfrage auf dem Wege einer Enquete auf die lange Bank geschoben wurde. Auch in den folgenden Sesssionen kam nichts heraus: Die Herrern handelten nach dem Worte: Verehert Euch! (Sehr richtig!) Schließlich, als durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeitszeit in 90 Prozent der Betriebe auf 10 Stunden herabgedrückt war, fühlte sich die Regierung doch veranlaßt, durch die Gewerbe-Inspektoren eine Enquete veranstalten zu lassen, ob die Durchführung der gesetzlichen zehnstündigen Arbeitszeit und der zeitigere Sonnabendsschluß für die Arbeiterinnen sich ermöglichen lasse. Auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lag vor, der die Einführung des Achtstundentages und dann des Achtstundentages forderte. Nach meiner Auffassung ist diese Forderung viel zu gemäßigt. So viel Rücksicht braucht man auf das Unterneumertum nicht zu nehmen. Die Erörterung dieses Antrages wurde auf den Herbst verschoben.

Für uns ist die Forderung des Achtstundentages ja nur eine Etappe. Die starke Vermehrung unserer Fraktion bei den letzten Wahlen hat die andern Fraktionen veranlaßt, ihrerseits in Arbeiterfreundschaft zu machen. Warten wir ab, ob es ihnen eintritt damit ist, oder ob nur die Anträge unserer Fraktion durchgesetzt werden sollen. So fordert das Centrum den Rechnungentag für verheiratete Arbeiterinnen, die Nationalliberalen das Verbot der Witze von Arbeit nach Hause. Auch die Thronrede enthielt diesmal wieder sozialpolitische Versprechungen. Von der Sorge für die Bedürftigen

ist die Rede darin. Da erinnern wir uns an das schöne Wort: Die Existenz des Arbeiters ist bis ins späte Alter gesichert und gesichert.

Wir wissen alle, daß wir uns nicht zu verlassen haben auf Besprechungen, mögen sie von der höchsten Stelle, mögen sie von den gegnerischen Parteien kommen. Verlassen kann die Arbeiterschaft sich nur auf sich selbst. Nur soweit sie Furcht einschließt, werden ihre Forderungen bewilligt. Es muß unsere Aufgabe sein, für die Verkürzung der Arbeitszeit eine öffentliche intensive laute Agitation zu entfalten, viel kräftiger als bisher. Die Parteizeitungen müssen noch ganz anders, als bisher, diese Forderung in den Vordergrund schieben. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bringt uns unmittelbaren Nutzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß auf alle Arbeiterkategorien ausgedehnt werden, seien sie in der Groß- oder in der Kleinindustrie tätig. Wenn die Kleinindustrie dabei nicht besteht, so mag sie zu Grunde gehen. Am höchsten steht das Leben und die Gesundheit der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Frau Anna Niemann-Stralsund

tritt für die Einführung des Rechnungentages in der Hausindustrie ein und berichtet von den schlechten Löhnen, die die Arbeiterinnen der Stralsunder Spielkartenfabrik erhalten. 20jährige Arbeiterinnen erhalten einen Wochenlohn von 4 M. bis 4,50 M. Der Höchstlohn beträgt 10—12 M. Trotzdem ist es sehr schwer, diese Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Trotzdem werde ich, gestützt auf das, was ich auf dieser Konferenz gelernt habe, mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. (Bravo!)

Auf Vorschlag von Frau Kähler-Dresden wird von einer weiteren Diskussion über das Referat mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit Abstand genommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist:

Die Schulfrage.

Referentin ist

Frau Clara Zetkin: Wenn die Genossinnen beschließen haben, die Schulfrage auf die Tagesordnung dieser Konferenz zu stellen, so waren sie sich wohl bewußt, daß es in der kurzen Zeit, die hier zur Verfügung steht, unmöglich ist, die Schulfrage ihrer Bedeutung gemäß eingehend zu behandeln. Wenn wir trotzdem ihre Behandlung beschließen haben, so war das für ein Grund bestimmend. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Schulfrage, die Bildungsfrage, von höchster Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung ist, daß die Schulfrage im Leben der Millionen von Arbeiterinnen, an die unsere Agitation sich wendet, eine hervorragende Rolle spielt. Das ist in ergeißelnder Weise auch hier zum Ausdruck gekommen in dem Schrei nach höherer Bildung, den fast alle Rednerinnen hier erhoben haben. Sie alle sind aufs schmerzlichste davon berührt, daß die Volksschulbildung ihnen nicht erlaubt hat, reichere Schätze des Wissens in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes zu stellen. Es giebt wohl keine proletarische Mutter, die nicht damit rechnet, daß sie ihre Kinder derselben mangelhaften und unvollkommenen Volksschule anvertrauen muß, unter deren Gebrechen sie selbst gelitten hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage der Volksschule ist also ein wichtiger Punkt, wo unsere aufklärnde Agitation einsetzen kann. Hier können wir, gestützt auf Ursachen, dem weidlichen Proletariat die Verbrechen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor Augen führen. Es handelt sich nicht nur um Sünden, die im kapitalistischen System liegen, nein, um spezielle Tath- und Unterlassungsünden, mit denen die bürgerliche Gesellschaft die Grundtadel noch verschärft und verschlimmert. Gerade dieses Gebiet eignet sich ausgezeichnet dazu, um die ganze kulturelle Ueberlegenheit der sozialistischen Weltanschauung aufzuweisen und jedem klar zu machen, daß das sozialistische Proletariat die Weltbühne betreten hat, nicht nur um die Wagenfrage, sondern um eine Kulturfrage in ihrem tiefsten Kern zu Gunsten der Allgemeinheit zu lösen. (Lebhafte Beifall.)

Wir sind ferner der Ansicht, daß ein künftiger Parteitag, nicht dieser überlastete, noch eingehender Erörterung der Schulfrage in Presse und Versammlungen, nicht nur von den Forderungen unseres Minimalprogramms ausgehend, sondern auf Grund unserer gesamten Weltanschauung zur Schulfrage Stellung nehmen muß. Durch unsere heutige Erörterung wollen wir die Genossinnen befähigen, an den vorbereitenden Debatten teilzunehmen.

Die Volksschulfrage ist die nationale Erziehungsfrage. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist einmal begründet in der Entwicklung der Pädagogik als Wissenschaft. Je mehr sie sich in den ganzen Komplex der Probleme der Schulfrage vertieft, um so mehr sieht sie ein, daß es sich in der Schule nicht bloß um Geistesdrill, sondern um einen Erziehungsunterricht handelt, der den ganzen Menschen umfaßt und alle Seiten seines Wesens zur Entfaltung bringen soll. Die Volksschulfrage ist die Frage der Erziehung der gesamten Nation oder sollte sie wenigstens sein. Wir als Sozialdemokraten müssen erst recht diese Frage so auffassen, die wir auf dem Boden der materialistischen Gesichtsanschauung und der Darwinischen Entwicklungslehre stehen. Auch die einzelne Persönlichkeit betrachten wir im Fluße der Entwicklung, nicht als etwas festes und Gegebenes, sondern als ein bildbares und entwicklungsfähiges Wesen. Das gesamte Milieu schafft bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten für jedes Lebewesen. Wir fassen die Schulfrage im Sinne jenes Wortes des großen Pädagogen Amos Comenius auf: „Die Bildung soll alle, die da Menschen sind, zu allem befähigen, was menschlich ist.“ Die Schulfrage ist uns ein Teil des großen Erziehungsproblems, das alle Umstände des materiellen und des gesamten sittlichen Milieus bewußt so zu gestalten sind, daß sie die vorteilhafte Entwicklung des Kindes in körperlicher, sittlicher und geistiger Beziehung verbürgen; es gilt, wie Richard Wagner sagt, die Kinder zu schönen Menschen, zu starken Menschen zu erziehen, wie sie Schiller in seinem Gedicht „Der Künstler“ verkörpert hat:

Wie schön, o Mensch, mit deinem Palmengeweige
Steht du an des Jahrhunderts Reige
In edler, stolzer Männlichkeit,
Mit aufgeschlossenem Sinn, in Geistesfülle,
Voll mildem Ernst, in thatenreicher Stille
Der keltste Sohn der Zeit.

Wenn wir an diesem Ideal messen, was die bürgerliche Gesellschaft zur Bildung der großen Masse des Volkes thut, dann muß unser Urteil lauten: Genügen und zu leicht befunden! (Lebh. Beifall.) Betrachten wir, was die bürgerliche Gesellschaft für die Volksschule thut, das wichtigste Bildungs- und Erziehungsweesen für die wertvollsten Rassen.

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung setzt die Eltern immer mehr außer Stande, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Erziehung der Kinder auszuüben. Das gilt nicht nur für die arbeitenden Massen. Im Proletariat erscheinen alle Gebrechen der kapitalistischen Ordnung auf die Spitze getrieben. Aber die Entbehrung der Eltern von der Erziehungsdarbeit geht in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt vor sich.

Gleichviel ob man heut Hammer oder Ambos ist, der Anteil an der Erziehung geht zurück, weil auch in den besser situierten Klassen der Kampf ums Dasein, rücksichtslos und schonungslos entfeffelt, den besten Teil der Kräfte der Eltern aufsaugt, so daß für die Erziehung nur die Prosamen übrig bleiben, die vom Tisch fallen. So ist die Volksschulfrage mehr und mehr Erziehungsfrage geworden.

Wie liegen nun die Verhältnisse? In unsern Tagen ist die Volksschule Armeleute-Schule. Auch hier kauft der tiefe Gegensatz der Auffassung, der uns von dem bürgerlichen Volk trennt. Wir sind der Auffassung, daß die Bildung von der niedrigsten bis zur höchsten Allgemeingut, Kulturgut ist, daß jedes Glied der Gemeinschaft unbeschränkter Anteil an diesem Gute hat, daß andererseits der Gesellschaft die Pflicht obliegt, alle Bildungsmöglichkeiten, die in ihr vorhanden sind, die nur möglich sind dank der Arbeit der ausbeutenden Millionen, unbeschränkt allen Mitgliedern der Gesellschaft zu gute kommen zu lassen. Aber die bürgerliche Gesellschaft würdigt die Bildungsmöglichkeiten zu einer Ware herab, die verkauft

und gekauft werden können, wie jede andre Ware. Sie hat die Männer der Wissenschaft aus reinen Forschern in betriebsame Händler mit wissenschaftlichen Worten oder Talimworten herabgewürdigt, herabgewürdigt die Künstler aus frei schaffenden zu Sklaven der Mode und der Launen der Reichen, genau wie sie die Kultur herabwürdigt zur Ware, die nur kaufen kann, wer Geld hat. (Sehr gut!) Genau wie einst zur Zeit der indischen Kasten ist heute die Bildung Monopol, das nicht Begabung oder Reizung, sondern nur das Geld erschließt. Nicht durch göttliches Gebot hält man die aufstrebenden Massen heute von der höheren Bildung fern, durch etwas Schlimmeres, was noch schwerer zu zertrümmern ist, wie ein göttliches Gebot, durch die hohen Kosten. Den Kindern wird nicht nach Talent und Reizung die höhere Bildung zu teil, sondern nach der Rücksicht der Wahl ihrer Eltern. Darum haben wir auch kein einheitliches, fein organisch zusammenhängendes Volksschulwesen im Deutschen Reich. Wir haben Bildungsanstalten der verschiedensten Art, leben sie geteilt in schlechte und billige für die Kinder des werktätigen Volkes und solche, die teuer sind und deshalb den werktätigen Klassen verschlossen sind. Im Deutschen Reich gab es nach der Schulstatistik von 1899 693 000 Schulen und 8 660 000 Schüler und Schülerinnen. Für diese wurden im ganzen 141 700 000 Mark aufgewendet, davon 243 Millionen von den Gemeinden und Unterhaltspflichtigen der Kinder. Die Bundesstaaten steuern nur 99 Millionen bei. Vergleichen Sie das mit den 1018 Millionen, die wir alljährlich für Heer und Marine ausgeben, so haben wir die ganze Barbarei und Schmach unfres heutigen Volksschulwesens vor Augen. (Sehr richtig!) Ja, wir sind sehr arm bei den Ausgaben, die wir für die Ausbildung der höchsten Fähigkeiten des Menschen machen. Aber wir sind sehr reich; wir können ja schließlich über eine Milliarde verpulvern und ins Wasser werfen; wir sind sehr reich, wenn es sich darum handelt, die Kunst der Menschenerziehung zu lernen. Einige Beispiele machen und den Armeute-Charakter der Volksschule noch deutlicher. Für die Ausbildung des einzelnen Volksschülers werden in Bayern 40 Mark aufgewendet, dagegen für „höhere“ Töchter und „bessere“ Anaben 248 Mark. Im letzten Jahre gab es 8 924 779 Volksschüler, die von einem Lehrkörper von 124 027 Lehrern und 22 513 Lehrerinnen unterrichtet wurden. Auf einen Lehrer kamen durchschnittlich 61 Schüler. Vergleichen wir das mit den „Lehrern“ in der Armee. Einem Offizierskörper von 24 374 und einem Unteroffizierspersonal von 81 858 Mann, insgesamt 106 232 Menschen stehen 495 500 Gemeine gegenüber. Schon auf je 4 1/2 Gemeine kommt einer dieser militärischen „Lehrer“. (Weiterkeit. Zuruf: Wenn es wenigstens Lehrer wären! — Erneute Weiterkeit.) Ja, es sind auch Lehrer mit ee, weil sie die Töchter der Steuerzahler lehren. Dasselbe Verhältnis von Armeute- und besserer Schule finden wir in den einzelnen Bundesstaaten. In Baden beträgt die Leistung des Staates für Gymnasien, Mittelschulen und höhere Töchterschulen pro Kopf 7,27 Mark, für Volksschulen pro Kopf 1,60 Mark. (Hört! hört!) Dasselbe Bild zeigt die Verteilung der Lehrkräfte. Ich gebe die Zahlen ebenfalls aus Baden: An 16 Gymnasien mit 4969 Schülern unterrichten 354 Lehrkräfte, auf 14 Schüler kommt eine Lehrkraft. An 39 Mittelschulen mit 9675 Schülern unterrichten 652 Lehrkräfte, auf 17,32 Schüler kommt ein Lehrer. An 7 höheren Mädchenschulen mit 2998 Schülerinnen unterrichten 178 Lehrkräfte, 15 höhere Töchter brauchen also einen Lehrer. 30 Bürger- und Mittelmädchenschulen (höhere Volksschulen) haben 6462 Schüler, 206 Lehrer, 31,36 Schüler pro Lehrer. 11 gehobene Volksschulen, wie wir sie in größeren Städten haben, haben 35 113 Schüler, 696 Lehrer und 50,95 Schüler für jeden Lehrer. Und nun die 1570 Volksschulen der andern Gemeinden. Die haben 288 895 Schüler und 3250 Lehrkräfte; es kommen 73,49 Schüler auf jeden einzelnen Lehrer.

Preußen ist der reichste und zugleich die Bürgerlichkeit, das zeigt sich auch in seinen Schulverhältnissen. In den östlichen Provinzen wird pro Kopf des Schülers 6 Mark aufgewendet, in den westlichen 9 Mark, in Berlin mehr als 10 Mark, in Koblenz sogar mehr als 12 Mark. Aber seine Zuschüsse leistet der Staat Preußen nicht denen, deren Leistungen am größten sind, sondern da, wo die Großgrundbesitzer einen Teil der Schulkosten tragen oder tragen sollten. So entziehen sich die „Besen und Edelstein“ ihrer Verpflichtung, zu den Schulkosten beizutragen, vollständig. Im Osten trägt der Staat fast die Hälfte der Schulkosten, reichlich 46,71 Proz., im Westen weniger. Das Minimum des staatlichen Zuschusses im Westen beträgt in Berlin 3 Proz., in den östlichen Provinzen 20 Proz. und steigt bis auf über 58 Proz., nicht zur Förderung des Volksschulwesens, sondern zur Entlastung der Großgrundbesitzer. Selbst ein harmloses bürgerliches Blatt, die „Soziale Praxis“, hat diese Zustände an den Pranger genagelt: Da wird ausgeführt, daß in den östlichen Provinzen die staatlichen Zuschüsse heute schon vielfach höher sind als die Aufwendungen für Lehrerbesoldungen und oft mehr betragen als die angeblich von den Patronen geleisteten Subventionen. Der Staat würde noch Ersparnisse machen, wenn er in den eigentlichen Großgrundbesitzgehenden die Schulen auf eigene Rechnung übernehme. (Vielfaches Hört! hört!)

Aber nicht nur in der Dotierung ist die Volksschule das Äschenbrett der Schulen, die herrschenden und regierenden Klassen misbrauchen sie auch, um durch religiösen Dogmenunterricht und gefälschten Geschichtsunterricht des Volkes Kinder zu vergiften. An die Spitze stellen wir die Forderung nach Unentgeltlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens. Grundlage des Bildungswesens muß die einheitliche Elementarschule sein, die allen Kindern ohne Unterschied der Klassen und des Geschlechts der Eltern offen stehen soll. Dort sollen die Kinder so reich mit Wissen ausgestattet werden, eine so gründliche allgemeine Bildung erhalten, daß sie ins Leben, in die Berufsarbeit wohl vorbereitet eintreten können, daß sie später zu ihrer Ausbildung nur noch die allgemeine Fortbildungsschule besuchen brauchen. An diese allgemeine Stufe schließt sich die Mittelstufe, welche bereits die Vorbereitung bildet zu den höchsten Bildungsanstalten, in die der einzelne Schüler nach Anlage und Reizung eintreten kann. Je nach dieser Wahl bestimmt sich die Art des Unterrichtsstoffes, vermitteln sie höhere technische, wissenschaftliche oder künstlerische Hochschulbildung. Natürlich müssen alle diese Bildungsanstalten unentgeltlich sein. Wenn jedes Kind nur dort, nur in der Volksschule sich Bildung holen kann, gewinnen auch die herrschenden Klassen Interesse an der Volksschule, für die fortschrittlichsten Methoden einzutreten und den Unterricht nicht mehr zu verfälschen. Wo das Kind des arbeitenden Mannes neben dem des reichen Fabrikanten in der Elementarschule sitzt, wo die Bourgeoisie ihre Fleisch und Blut in die Volksschule schicken muß, wird sie auch für Reformen der miserablen, ähnenhaften Volksschule zu haben sein. (Sehr richtig!) Allzu viel verspreche ich mir auch von der Elementarschule übrigens nicht; so lange die jetzige Wirtschaftsordnung bestehen bleibt, können die Reichen den Elementarschulunterricht durch Privatunterricht ergänzen lassen. Damit will ich nur vor der Überforderung der Elementarschule durch die bürgerlichen Sozialreformer und Pädagogen warnen.

Die Unentgeltlichkeit soll, wie die Gegner sagen, ein Eingriff in die heiligsten Elternrechte sein, die sittlichen Grundlagen des Familienlebens zerstören. Nichts davon; sie ist einfach eine primitive, sittliche Pflicht der Gesellschaft, die auf dem robusten Unterbau der werktätigen Bevölkerung ruht, den Kindern des Volkes die Gelegenheit zur Aneignung der Kulturgüter zu geben. Der Sohn des Volkes, den der blühende Bildungsdrang vorwärts treibt auf dem himmlischen Pfad zum Bildungsparadies, vor das die bestehenden Klassen den Cherubim mit dem flammenden Schwerte gestellt haben, soll nicht auf dem noch so dornigen und heißen Wege des Stipendienwesens und Almosenbittels aufsteigen müssen. Denn das Almosen nehmen tötet viele Fähigkeiten, verdirbt den Charakter, schafft feile Anedkte, Schwärmergeist statt freier Denker, dient nur dem Zweck, gehorsame geistige Schulträger und Schulknappen der Bourgeoisie heranzubilden. (Sehr wahr!)

Ebenso unentgeltlich wie der Unterricht müssen die Lehrmittel sein. Nicht auf dem Gnadenwege, auf besonders Nachsuden aus spärlichen Fonds sollen sie geschenkt werden, sondern jeder Schüler soll sie ohne weiteres erhalten, wie der Soldat das Gewehr und sogar die Uniform erhält. Ferner mühen diejenigen Eltern, die nicht über genügend Mittel verfügen, während der Zeit der Ausbildung ihrer Kinder unterstützt werden, mühen ihnen von Rechts wegen aus öffentlichen Mitteln Reihisen gewährt werden. Sonst

ist es unmöglich, die erschlossenen Bildungsmittel völlig auszunutzen. Der proletarischen Familie ist es in der Mehrzahl der Fälle unmöglich, die Kinder bis zum 20. oder 24. Lebensjahr zu erhalten. Daraus zur Gewerksarbeit, heißt es bei vielen unserer Kinder schon vor dem Ende der heutigen Volksschule.

In zahlreichen Großstädten des Auslandes, in London, Stockholm, in ganz Frankreich und Norwegen, im Kantons Zürich vor allem, und selbst in Deutschland in Braunschweig und Zürich gibt man den Kindern zum Brote des Geistes auch das Brote des Leibes. Anfänge dazu sind die Schulkantinen, die nicht mit den Mitteln des Kirchengeldes, nicht auf Grund mildthätiger Stiftungen oder von Wohlthätigkeitsvereinen ins Leben gerufen worden sind, sondern aus öffentlichen Mitteln errichtet sind.

Eine andre grundlegende Forderung ist die der vollen Weltlichkeit der Schule. Hinaus mit der Religion aus der Schule (Bravo!), sie hat in der Schule nichts zu suchen, nichts aus ethischen, nichts aus pädagogischen Gründen. Dem ganzen Religionsunterricht ist das Brandmal aufgedrückt, daß er nicht die Aufgabe hat, religiöses Empfinden zu fördern oder zu schärfen, sondern die Religion auszunutzen, um die wirtschaftliche Sklaverei der arbeitenden Klassen aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig!) Er dient nicht der Pflege religiöser Empfindens, sondern dem mechanischen Einbläuen von Dogmenformeln, die im schreiendsten Widerspruch zu den Ergebnissen der Wissenschaft und zur Wirklichkeit stehen, und damit ist er unethisch. Der Religionsunterricht in der Volksschule ist nicht ethisch, sondern dogmatisch; deshalb vergriffen wir uns die Volksschule. (Sehr richtig!) Wo ein Unterricht, statt den Kindern die Wahrheit zu zeigen und sie auf den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis zu weisen, den Kindern toten Formelraum einbläut, der in längst vergangenen Zeiten geschmiedet worden ist als Kette für den menschlichen Geist, von diesem Augenblick an ist der Unterricht als unmöglich gebrauchbar. Zu dem steht der religiöse Unterricht in der Volksschule im Banne der engsten Konfessionalität und erzieht nicht zur Lösung anderer Ueberzeugungen und zur Toleranz, sondern reizt dazu an, in jedem Andersgläubigen den Heber, sei es im Geheimen oder im Offenen, zu erkennen und zu verachten. Auch vom pädagogischen Standpunkte aus verlangen wir Beilegung des Religionsunterrichts aus der Volksschule. Kein Gegenstand steht so sehr im Widerspruch mit den elementaren Forderungen der Pädagogik. Der Religionsunterricht fördert das Denken nicht und regt es nicht an, sondern erzieht es, weil an Stelle des Suchens und Fortdankens der Glaube an das Wort gestellt wird, weil das Gedächtnis mit totem Palast besetzt und die Lust am Lernen dadurch verflümmert wird. Die alten Regulative verlangen 150 Bibelsprüche. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, „nur“ 110 Sprüche aus dem neuen und 20—40 aus dem alten Testament nebst 20 Gesangbüchliedern lernen zu lassen. In Sachsen ist man selbstverständlich frömmere. (Große Weiterkeit.) Da verlangt man auswendig die 5 Hauptstücke nach Luifers Katechismus, 168 Gesangbuchverse, 150 Bibelsprüche und 35 Choralmelodien sowie den wesentlichen Inhalt von 140 biblischen Geschichten. Darum rechtfertigt sich schon vom pädagogischen Gesichtspunkte die Forderung: Heraus mit der Religion aus der Volksschule!

Ethischer Unterricht ist auch ohne Verquickung mit dem Religionsunterricht möglich. Haben wir doch auch in der Geschichte sehr viel Religion ohne Ethik gehabt und haben sie noch. Mit dem Moralunterricht kann der in Gesechskunde und Bürgerkunde verknüpft werden. Aber der Religionsunterricht soll Privatangelegenheit jedes Elternpaars bleiben. Die Gesellschaft ist nur verpflichtet, die Kinder tüchtig zu machen in dem, was sie für das diesseitige Leben gebrauchen. Für das Jenseits zu sorgen soll Privataufgabe der Eltern sein. Charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Liberalen in der Frage der Verpflanzung der Volksschule. Die Linke des Vertrages ist kaum trocken, mit dem sich die Nationalliberalen mit den Konservativen über die weitere Verpflanzung der Schule geeinigt haben. Und dazu die Tatsache, die mir fast noch schärflicher erscheint: Die Jung-Nationalliberalen haben auf ihrer Tagung in Leipzig in den Richtlinienplan zu dieser Frage beschlossen: daß dem Religionsunterricht im Lehrplan der gebührende Raum gewährt werden muß. (Weiterkeit.) Schon daraus sehen Sie, daß die Jungliberalen die geborenen alten Ruinenspreier sind. (Große Weiterkeit und Weisheit.) Die Liberalen wagen es nirgends mehr, die Forderung zu erheben, von der auch sie einst geträumt haben: Hinweg mit der Religion aus der Volksschule. Aus Furcht vor dem Sozialismus suchen sie das Proletariat mit Verdrängung auf das Jenseits vom Befreiungskampfe in Diesseits abzuhalten. Dazu kommt noch ein andres. Die Liberalen sind in Weltuntergangsstimmung, und aus diesem Stagnationsstadium flüchten sie in den religiösen Nihilismus. Daher der überzeugende Einfluß, den er in der modernen Kunst und Literatur gewinnt.

Neben der völligen Weltlichkeit der Schule fordern wir eine vollständige Reform des Unterrichts in der Geschichte, im Deutschen und in der Naturwissenschaft. Diese Forderungen müssen die gebührende Bedeutung im Unterrichtsplan gewinnen, damit die Ausbildung unserer Kinder sie genügend für den Lebenskampf ausrüstet.

Eine andre grundlegende Forderung ist die Einführung eines Arbeitsunterrichts in den Schulplan. Das ist bedeutsam, weil wir uns mit äußerster Energie gegen die ausgedeutete Kinderarbeit auflehnen. Aber wir verstanden, daß die freie Arbeit von hohem sittlichen und pädagogischen Wert ist. Wir wollen die verhängnisvolle Spaltung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufheben; und gerade weil wir die Gesellschaft umwandeln wollen in eine Ordnung von freien Arbeitern bei materiellem und geistigem Schaffen und weil wir allen Kindern alle Bildungsmöglichkeiten der Gesellschaft erschließen wollen, darum soll auch der Arbeitsunterricht in reformierten Schulplan den ihm gebührenden Platz bekommen. Er knüpft an an den Anschauungsunterricht, vollendet, verinnerlicht ihn, führt in die innere Natur der Dinge und Gegenstände ein, entwickelt den Sinn für Handfertigkeit, häßt die Muskel, macht den Körper gewandt, regt das ständige Denken an, konzentriert den Willen auf eine Leistung und befähigt den schöpferischen Trieb, der in jedem Kinde schlummert. Der Arbeitsunterricht wird zu technischen Erfindungen und Verbesserungen anregen, die Arbeiter auf irgend einem Gebiet der Handarbeit zu schöpferisch arbeitenden Menschen heranziehen. Von ganz besonderem Einfluß wird er darauf sein, daß die selbst fabrikmäßig hergestellten Gegenstände viel mehr ein künstlerisches Gepräge tragen als dies bisher der Fall war. So regt der Arbeitsunterricht zur Freude an schöpferischer Arbeit an, lehrt Ehre und Würde der Arbeit. Durch ihn wird verhindert, daß die Kinder in die Stimmung von Staatspensfordern hineinwachsen, sondern die Verpflichtung fühlen, daß, was sie an Bildung und Kultur empfangen haben, als freischaffende Menschen mit Zins und Zinseszins zurückzustellen.

Wir fordern ferner den gemeinsamen Unterricht und die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Am Unterricht sollen Männer und Frauen beteiligt sein nach der persönlichen Fähigkeit und nach dieser bis zu den höchsten Stellen der Schulverwaltung aufwärts. Das ist eine bedeutsame Notwendigkeit, die durchgeführt werden muß, damit der ungesunde Zustand der Beziehung der Geschlechter zu einander, der sich bei den jungen Leuten beider Geschlechter am meisten in der Zeit der Pubertät geltend macht, damit die künstliche kraushafte Ueberreizung schwindet. Sehr viel davon ist auf die Abhinderung der Geschlechter von einander zurückzuführen, auf die Hebeamtlicherei und Unwissenheit, in der sie aufwachsen. Je mehr die Frau in das Leben hinandritt und Gelegenheit hat, ihre Persönlichkeit zu entfalten, wird sie eine Entwicklung nehmen, die nicht zu dem Resultat gelangen wird, daß schreckhafte alte Männer der bürgerlichen Frauenbewegung vorausgesetzt haben. Nicht zu einer grotesken Kopie des Mannes, nicht zum Affen des Mannes wird sich die von allen Schranken befreite Frau entwickeln, sondern ihre Eigenart entfalten. Je weiter die Entwicklungslinien auseinanderlaufen, um so wichtiger wird der gemeinsame Unterricht für das harmonische Zusammenwirken der Geschlechter. Er wird einer der festesten Schutzwälle gegen die mancherlei Gefahren und Verirrungen sein, die an den jungen Mann infolge der alten Ueberlieferung einer zweifachen Moral heranreizen. Es giebt keine bessere Schutzwehr gegen diese Gefahren, als wenn der junge Mann, der als Knabe im Mädchen seinen Spielkameraden sah, die heranwachsende Jungfrau als Mitarbeiterin schätzte und achtete. Und wenn

er sich einer verehrten Lehrerin erinnert, die ihm auf manchen Pfaden des Wissens als treue Gefährtin zur Seite gestanden hat.

Ich will nur noch kurz auf die Notwendigkeit einiger Reformen hinweisen. Wir bedürfen ganz anderer Schulgebäude als jetzt. Das Elend der Verhältnisse auf dem Lande ist gekennzeichnet durch den Prozeß in Traakheim, wo 120 000 Mark für den Gefährtschall ausgegeben worden sind, die 62 Schulkinder dagegen im Schulzimmer keinen Platz fanden und zur Hälfte mit ihren Büchern am Fenster stehen mußten. Ueber eine Million Kinder wird in Deutschland in überfüllten Klassen unterrichtet. (Hört! hört!) Auch in Sachsen, Württemberg und Baden sind die Volksschulclassen überfüllt. Diese Ueberfüllung aber steht im Gegensatz zu der Forderung, daß die körperliche Gesundheit der Kinder in der Schule geschützt sein soll. Die Schulhäuser sollen schöne, gesunde Gebäude sein. In den großen Städten liegen die Verhältnisse ja besser, als auf dem Lande, aber zu wünschen bleibt auch noch genug übrig. In den großen Klassenzimmern herrscht häufig eine verpestete Luft, und unter der zusammengepferchten Schülerzahl ist die Verbreitung ansteckender Krankheiten leicht möglich. Auch der Forderung wird nur äußerst selten entsprochen, daß die Schulgebäude inmitten großer Gärten liegen sollen. Schulküchen und Schulgärten sollen dazu verwandt werden, daß auch die ästhetische und künstlerische Erziehung gefördert und praktischer Arbeitsunterricht erteilt wird. Dieser Forderung schließt sich die auf Errichtung von Brausebädern und auf Anstellung von Schulärzten an. Erst 239 deutsche Schulverwaltungen haben Schulärzte, im ganzen noch nicht 700, angestellt. Im kleinen Nothwegen aber hat jede Schule einen Schularzt, jede Mädchenchule eine Ärztin. Wir verlangen weiter, daß die Lehrmittel den Forderungen der Hygiene entsprechen und daß die schlecht gedruckten Schulbücher, die Ursachen der Kurzsichtigkeit, verboten werden.

Eine Hauptforderung aber ist, wenn wir eine Lösung der Schulfrage anbahnen wollen, daß die Stellung der Lehrer in jeder Hinsicht einer durchgreifenden Verbesserung unterworfen wird. Die Schulfrage ist zum großen Teil eine Lehrerfrage. Für die Volksschullehrer soll an Stelle der vielfach unzulänglichen Bildung in den Seminaren, auf denen die inöcherne Hand der Orthodoxie lastet, die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu harmonisch gebildeten, starken Persönlichkeiten zu entwickeln, mild nach unten, streng nach oben! (Lebh. Beifall.)

Wir fordern weiter, daß eine größere Zahl von Lehrern angestellt wird. In Deutschland kommen im Durchschnitt 61, in Preußen 70, in Sachsen 66 Schüler auf einen Lehrer. Das ist großer Unflug. In Schlesien sind für 14 507 Klassen nur 10 828 Lehrer vorhanden; in den 1116 katholischen Schulen Schlesiens kommen in 590 Klassen mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer, in 262 Klassen mehr als 100 und in 7 Klassen sogar 170—200 Schüler. (Hört! hört!) Diese große Ueberfüllung der Klassen aber bedeutet für den Lehrer die totale Unmöglichkeit, der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung des einzelnen Schülers die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Trotz des besten Willens kann er die individuelle Eigenart des Schülers nicht beachten. Für den Lehrer aber bedeutet diese Ueberfüllung einen Raubbau an seiner Kraft, eine Ueberlastung, der kein Mensch auf die Dauer gewachsen ist, am allerwenigsten der Volksschullehrer mit seinem kläglichen Gehalt. (Lebh. Zustimmung.) 1894 teilte Minister Vosse mit, daß unter den 350 Lehrern Westpreußens 300 nur 451—500 Mark jährlich bezögen. (Psui!) 1897 trat eine Gehaltserhöhung von 22 Proz. ein. Aber für die ständigen Lehrer Preußens beträgt das Grundgehalt noch immer nur 900 Mark, für die nicht ständigen Lehrer sogar nur 720 Mark. In Ostpreußen aber beziehen 98 Proz. der Lehrer nur das Minimalgehalt. In Bayern, Württemberg, Sachsen und Braunschweig erhalten die Lehrer 1200 Mark Grundgehalt, immer noch wenig genug. Dieses niedrige Gehalt für die Lehrer bedingt eine niedrige Lebenshaltung, die nicht im entferntesten im Stande ist, ein Äquivalent für die verausgabten Kräfte zu liefern. Die Folge ist für den Lehrer eine Minderung seiner geistigen und sittlichen Kraft, seiner Frische und Leistungsfähigkeit. Dieses niedrige Gehalt peißt aber auch den Lehrer auf, sich Nebenverdienst zu suchen. (Lebh. Zustimmung.) In den großen Städten leisten sie Comptoir- und Schreibarbeiten, oder sie quaden sich in Privatstunden die Seele ans dem Leibe heraus. (Lebh. Zustimmung.) So haben wir sorgenquälte, abgebehten Lehrer, die nicht die nötige Kraft und Fruchbarkeit für den höchsten Beruf des Erziehers haben, die Kinder des Volkes zu harmonisch entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. (Bravo!) Wollen wir also eine bessere Volksschule, so müssen wir die Befestigung der Lehrer fordern. Wie gering wertet doch die bürgerliche Gesellschaft die höchste aller menschlichen Thätigkeit, die Veredlung und Erziehung des Menschengeschlechts. Vergleichen Sie nur einmal den Courswert eines Volksschullehrers und eines Hauptmannes auf der bürgerlichen Heiratsbörse. (Große Weiterkeit.)

Vorbereitet auf die Volksschule wird durch die Kindergärten und ergänzt wird sie durch Einrichtungen aller Art, wo die Kinder vor und nach dem Unterricht liebevolle und verständige Aufsicht und Pflege finden, wo die Erziehung der Kinder in der schulfreien Zeit und in den Ferien in methodischer und verständiger Weise gefördert werden kann. Die Einrichtung dieser Anstalten würde ein hervorragendes Gebiet für die Betätigung bisher mißbrauchter oder zu Unthätigkeit verurteilter weiblicher Arbeitskraft schaffen. Alle die vielen Frauen könnten ihre mütterlichen Instinkte hier betätigen, denen die Ehe oder der Kinderlegen ver sagt ist. Alle ihre mütterliche Liebe, Wärme und Einsicht könnten sie da an den Kindern anderer betätigen. (Lebh. Beifall.) Es ist eine sittliche Pflicht der Gesellschaft, für die Betätigung der im Weibe ruhenden Kräfte Raum zu schaffen. (Sehr richtig!)

Ich will hier abbrechen. (Auf vom Tisch der bürgerlichen Presse: Sehr gut!) Wir brechen ab, wenn wir es für gut finden, nicht wenn die Vertreter der bürgerlichen Presse sich gelangweilt fühlen. (Lebh. wiederholter Beifall.)

Wir Frauen haben die Pflicht, im Kampf um die Reform der Schule voranzugehen, die die Erziehung in der Familie nicht überflüssig machen, sondern ergänzen soll. Wir brauchen für das heranwachsende Geschlecht die volle Wahrung des elterlichen Einflusses. Elterliche Erziehung und öffentliche Erziehung lösen sich nicht ab, sondern ergänzen sich. Wir Frauen sind vor allem dazu berufen, im Kampfe voranzugehen, weil wir Mütter sind und Mütter werden sollen. Wenn das Ziel der Erziehung sein soll, jeden Menschen zum Lebenskünstler zu erziehen, der das Leben in seinem reichen Inhalt, seinem gewaltigen Umfange zu erfassen vermag, zu einer Persönlichkeit, durch welche, um mit Nietzsche zu reden, die Menschheit beaufgeplankt wird, dann müssen wir unsre Kraft für diese hohe Aufgabe einsetzen. Wir, die wir das heranwachsende Geschlecht in unserm Schoß tragen, es mit unsern Söhnen nähren, auf das wir die Gestaltung unsers Weltalls, den stolzen freien Schlag unsers Herzens übertragen, wir müssen in der ersten Reihe stehen, wenn es sich darum handelt, die Kinder zu Lebenskünstlern im ersten Sinne des Wortes zu erziehen. An uns ist das Wort Schillers gerichtet: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, Bewahrt sie; sie sinkt mit Euch, Mit Euch wird sie sich heben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzende Frau Biez: Frau Jettin hat dem Herrn von der bürgerlichen Presse schon das nötige gesagt. Ich konstatiere nur, daß die Herren den ganzen Morgen über das Gastrecht dadurch gemißbraucht haben, daß sie sich in lautester und rüchstdioser Weise unterhalten haben. (Psui!) Es ist nicht unsre Absicht, mit der Behandlung der Schulfrage unter Parteilicheit vorzugehen. Deshalb hat Frau Jettin auch unterlassen, uns eine Resolution zu unterbreiten. Nur die Richtlinien unserer Anschauungen sollten hier vorgetragen werden, um den Genoffinnen die fruchtbarste Teilnahme an der Parteidiskussion über die Schulfrage zu ermöglichen. Aus diesen Gründen schlägt das Bureau vor, daß die Konferenz von einer Diskussion Abstand nimmt. So wird beschlossen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist das Vereins- und Versammlungsrecht. Referentin ist Frau Biez-Hamburg: Zum drittenmal müssen wir uns mit dieser Frage auf unsrer Konferenz beschäffigen. Aber die

reaktionäre Gestaltung und Handhabung des Vereins- und Versammlungswesens macht die Frage immer aufs neue aktuell. Unsere Lösung ist die alte: Hinzunehmen mit allen Ausnahmestimmungen gegen die Frau. Sie ist ein realer Faktor im Wirtschaftsbereich geworden und hat Anspruch auf die gleichen Rechte wie der Mann. Bekanntlich dürfen die Frauen in der Mehrzahl der deutschen Staaten nicht an politischen Vereinen teilnehmen. Die Polizeibehörden entwickeln nun vielfach eine merkwürdige Auslegung des Begriffs „Politik“. Das hat zur Auflösung von Vereinen der Gewerkschaften geführt, die Frauen als Mitglieder aufnehmen. So sind dem Fabrikarbeiterverband eine ganze Reihe von Vereinen aufgelöst worden mit der Begründung, es sei Politik getrieben worden, weil in Vereinsversammlungen darauf hingewiesen wurde, man müsse darauf bringen, daß der Vortragsorganisator kleiner Beschäftigte. Eine Zahlhülle des Schuhmacher-Verbandes wurde mit der Begründung aufgelöst, es werde Politik getrieben, da das Statut einen Passus enthalte, wonach die Acordarbeit abgeschafft werden solle. Der „polizeitechnische“ Begriff „Politik“ ist außerordentlich eng gefasst. Nicht nur die Mitgliedschaft an politischen Vereinen bleibt den Frauen verboten, nein dies Verbot wird auch ungesetzlich ausgedehnt auf die Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Wir sehen, wie die Damen der bürgerlichen Gesellschaft ungehindert an politischen Vereinsversammlungen teilnehmen dürfen und sich rednerisch betätigen, was die Polizei ruhig geschehen läßt. Diese doppelte Handhabung des Gesetzes muß öffentlich gebrandmarkt werden. (Sehe richtig!) Die von Herrn v. Hammerstein besetzte Segmentfreiheit (Heiterkeit) hat in unterschiedlichen Polizeigerichten so große Verwirrung angerichtet, daß in der Praxis unter Versammlungswort noch verächtlicht wird. Bei der letzten Reichstagswahl sprach ich in Anken im Kreise Dortmund. Die Frauen hatten sich zum Teil ruhig an einen Tisch rechts in der Saale gesetzt. Der überwiegende Beamtete aber verlangte, daß sie sich links placieren sollten. Dort, wo die Tische etwas abgedeckt standen, sei das Segment, wie es Herr v. Hammerstein gemeint habe. (Heiterkeit.) Ich suchte dem Beamten klar zu machen, daß es sich hier um eine Volksversammlung, nicht um die Versammlung eines politischen Vereins handele, aber das nutzte nichts; der Beamtete erklärte: Wenn Sie meinen Anordnungen nicht Folge leisten, mache ich von meinem Rechte Gebrauch und löse auf. Recht hatte er zwar nicht, aber Gewalt geht vor Recht, und so wurde der Anordnung Folge geleistet. Ich sagte nun: „Ich habe immer die Erfahrung gemacht, daß, wenn die Frauen den Sozialismus kennen lernen, sie viel begeisterter, viel radikaler, als die Männer sind. Und die Radikalen geben ja auch nach links.“ (Heiterkeit.) Vor kurzem hielt ich Versammlungen im Wahlkreis Bochum ab. In Gelsenkirchen, Herne, Bismarck usw. konnte ich ungehindert sprechen. Wie ich aber nach dem kürzlich Großstadt gewordenen Bochum komme, heißt es: Es ist verboten, daß Frauen an der Versammlung teilnehmen, unter keinen Umständen darf aber eine Frau sprechen. Der Vertrauensmann nahm mit dem Bürgermeister Rücksprache und erreichte, daß die Versammlung stattfinden konnte.

Kaum aber hatte ich zwei Worte gesagt, so hieß es: Im Namen des Gesetzes ist die Versammlung aufgelöst! Im Namen welches Gesetzes weiß ich heute noch nicht, denn es besteht kein solches Gesetz (Lebhaft Zustimmung.) Am nächsten Tage redete ich in Harpen. Das Wort wurde mir erteilt und nun erst kommt das Herabwürdigende, daß man einem Beamten, auch wenn er offenbar Unrecht hat, Folge leisten muß. Der Beamtete sprach mit dem Vorsitzenden und dieser hat mich im Reden einzuhalten. Der Beamtete stellte sich neben mich und sprach die Auflösung der Versammlung aus. Der Beamtete hatte den Auftrag, wenn eine Frau rede, so solle er auflösen und er nahm den Auftrag so wörtlich, daß er mich erst eine Weile reden ließ. (Heiterkeit.) Auf meine Frage nach dem Grund der Auflösung antwortete er nicht, sondern erwiderte mich, nicht auf ihn einzureden. Ich sagte ihm, wir würden es ihm schon beibringen, die Gesetze zu ändern und er meinte, ich solle ihn nicht bedrohen. Es ist charakteristisch für den Beamten, daß er sich bedroht fühlt, wenn man ihm um Beachtung der gesetzlichen Vorschriften erudiert. (Sehr gut!) Die Versammlungsbefehle waren empört und diese Empörung war das beste Agitationsmittel für uns. Von diesem Standpunkte konnten wir dem Beamten dankbar sein, aber aus Rechtsgründen protestieren wir gegen die ungesetzliche Handhabung. In einer andern Versammlung passierte es mir, daß der Beamtete sagte: „Weisen Sie die Frauenportion hinaus.“ Das ist keine Beleidigung, das ist der Amtsjargon. Im Gesetze ist von Kindern, Lehrlingen und Frauenpersonen die Rede. Sie sehen am Ausdruck und der Zusammenstellung wie wir offiziell gewertet werden. (Heiterkeit.) Die Rednerin geht bei weiteren auf die reaktionären Bestimmungen der Vereinsgesetze in Westfalen, Braunschweig und Neuh. Ältere Linie ein und sagt, die Folge der Beschränkung der Agitation, die Behinderung, in den Kreisen der Arbeiterinnen Aufklärung zu verbreiten, sei, daß die Arbeiterinnen in ihren Erwerbsverhältnissen gedrückt und der Prostitution in die Arme getrieben werden. In Hamburg haben die Frauen das Recht, an politischen Versammlungen teilzunehmen, aber dort existieren andere Fesseln. Da muß die Tagesordnung angemeldet werden und wenn die der Behörde nicht paßt, verbietet sie die Abhaltung der Versammlung. So durfte Stadttag nicht über den Bibelstund reden: Wer dem Arbeiter seinen Lohn vorenthält, ist ein Bluthund. Den bürgerlichen Frauen wurde verboten, über die Prostitution zu reden. Die Angelegenheit ist ja aus den Erörterungen im Reichstag bekannt, wo der Syndikus, Herr Schäfer, das Verhalten der Behörde zu revidieren suchte. Indem er mitteilte, daß ein Theologe bei Erörterung des Themas bei Mädchen die sexuelle Höhe im Gesicht aufweisen sah. (Heiterkeit.) Der Mann muß ja viel davon verstehen. (Stürmische Heiterkeit.) Wegen die Äußerungen des Herrn Schäfer ist nicht von bürgerlicher Seite, sondern von uns protestiert worden. In unserer Versammlung hat keine bürgerliche Frau das Wort zu nehmen gewagt, um uns Worte nach zu unterstellen.

Die schlimmsten Verletzungen aber bereitet uns die verschiedene Auslegung des Begriffes Politik, zu der sehr oft rein gewerkschaftliche Dinge gezählt werden. Rednerin wendet sich gegen die politische Herabwürdigung der Versammlungen, die als Demütigung und Bevormundung empfunden werde und schlägt schließlich folgende

Resolution

zur Annahme vor:

Die Konferenz der sozialistischen Frauen erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinseitigen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels lächerlicher Interpretationsklünge das bürgerliche gesellschaftliche Recht des weiblichen Geschlechts für die proletarischen Frauen aufs äußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweiseitiges Recht schafft, einen ungläublichen Widerspruch der Begriffe über gesellschaftlich zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freigeistliches Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, im Gemeinwohl mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweiseitigen Rechts und der Tagesordnung energig zurückgewiesen und bekämpft wird. Dergleichen fordert die Befestigung des Zustandes der politischen Polizei.

In der Diskussion nimmt das Wort

Frau Thiel-Tellow-Beeslow

und berichtet über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in ihrem Heimatort. So wurde den Frauen während der Zeit der Reichstagswahlen die Gründung eines Frauen-Wahlvereins verboten und alle Versammlungen verboten. Wegen einer

Besprechung, die ich abhielt, wurde ich angezeigt. Es fanden fünf Termine statt, erst wurde ich zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, in den höheren Instanzen aber freigesprochen. Gerade das Verbot des Vereins hat die Agitation gekräftigt, die beste Agitation hat aber für uns die Polizei geleistet. Mit der Resolution der Genossinnen Biez bin ich voll und ganz einverstanden.

Frau Ruben

wendet sich gegen die Behauptung der Frau Biez, daß die bürgerlichen Frauen nicht gegen die Äußerungen des Syndikus Schäfer im Reichstag protestiert haben. Wir haben derzeit, eine Protestversammlung einzuberufen. Es ist uns aber mißlungen. Ich möchte auch Frau Zellin berichtigen. Es ist keine bürgerliche Frau eingezogen, gegen August Veibel aufzutreten. Veibel wird von uns Frauen in Hamburg ebenso geachtet und geliebt wie von Ihnen. (Beifall.)

Frau Biez

erwidert, die bürgerlichen Frauen in Hamburg sind offiziell für die Kandidaten des Freisinnigen eingetreten, also gegen die socialdemokratischen Kandidaten. Es bleibt also bei dem, was ich gesagt habe. Was Frau Ruben über die Protestversammlung gegen den Syndikus Schäfer gesagt hat, war uns neu. Wenn Ihnen eine Protestversammlung unmöglich gemacht worden ist, so hätten die bürgerlichen Frauen erst recht protestieren sollen. Warum sind sie nicht nach Altona gegangen. Dort haben wir ja immer sprechen dürfen und was uns recht ist, das ist doch noch stets den bürgerlichen Frauen billig gewesen. In unserer Versammlung waren bürgerliche Frauen antwesend und keine hat geredet und unsere Ausführungen unterstrichen. Auch hier bleibt es bei dem, was ich gesagt habe. Es ist kein bürgerlicher Protest zu stande gekommen in Hamburg. (Allgemeine Zustimmung.)

Jasper-Braunschweig schildert das reaktionäre braunschweigische Vereinsgesetz, das schlechter sei als in Westfalen und bei den Hereros und andern wilden Völkern.

Frau Köhler-Dresden erzählt persönliche Erlebnisse auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens und wendet sich dann gegen den Versuch der Frau Ruben, bürgerliche und proletarische Frauenbewegung als etwas ziemlich gleichartiges hinzustellen.

Pauline Baumann-Altona teilt mit, daß in einer Versammlung in Altona verurteilt worden sei, gegen die Äußerungen Schäfers zu protestieren, daß aber eine Protestresolution abgelehnt worden sei. (Hört! hört!) Man habe dann beim Nachhausegehen gesagt, an einer so hohen Persönlichkeit wie Herrn Schäfer dürfe man nicht Kritik üben. (Große Heiterkeit.)

Darauf wird die Resolution Biez einstimmig angenommen.

Frau Köhler-Dresden referiert über die Presse.

Die Presse ist ein Hauptmittel im proletarischen Klassenkampf, wird aber noch nicht genügend gewürdigt. Die „Gleichheit“ hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Unsere Abonnentenzahl von 12000 ist ganz erfreulich, aber sie ist noch lange nicht groß genug. Besonders gut ist für die „Gleichheit“ in Essen gearbeitet worden. Neben der „Gleichheit“, müssen wir den örtlichen Parteizeitungen unser Augenmerk schenken. Wir müssen unsere Frauen für unsere Parteipresse interessieren. Aber auch die Parteizeitungen müssen mehr auf Frauenfragen eingehen. Die Presse ist das beste Mittel Aufklärung zu verbreiten, daneben müssen leicht faßliche Broschüren und Flugblätter für Aufklärung sorgen. Eine Unterhaltungsbeilage der „Gleichheit“ wäre wünschenswert aber wo eben das Defizit geschwunden ist, darf man wohl nicht gleich ein neues Defizit schaffen, und eine Preiserhöhung würde den Abonnentenzustand verringern. Flugblätter dürfen nicht zu häufig herausgegeben werden, sonst werden sie nicht gelesen. Notwendig ist es, wichtige Fragen in Flugblättern zu behandeln. Diese Blätter werden dann Interesse finden. Bei unsren Kindern müssen wir mit unrer Litteratur werben. Das wird das Lesebedürfnis in den Frauenkreisen weiten. Ein gutes Mittel dafür ist Veibels Buch „Die Frau“, das heute noch mehr in bürgerlichen als in unren Kreisen gelesen wird. Auch die Gewerkschaftspresse muß den Frauen entgegenkommen. Man muß ihnen die Fragen, die sie als Mutter und Weib berühren, zuerst klar machen. Dann wird allmählich auch das politische Verständnis gewerkt werden. Wird so verfahren, dann werden wir auf der nächsten Konferenz weitere Erfolge zu verzeichnen haben. (Beifall.)

Frau Zellin

geht auf die gestellten Anträge ein. Mehrere Anträge verlangen, daß die „Gleichheit“ allwöchentlich erscheine. Zwei Anträge aus Bromberg und Elberfeld wünschen, daß die „Gleichheit“ leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werde und mehr Unterhaltungsstoff behalte. Rednerin betont, daß die Redaktion auch viele Zuschriften erhalten habe, die den Charakter und das Niveau der „Gleichheit“ nicht verändert wissen wollen. Auch am Erscheinenden der „Gleichheit“ und ihrem Preise könne nichts geändert werden. Aber man wolle versuchen, vom 1. Januar ab der „Gleichheit“ allmonatlich eine vierseitige Beilage beizulegen, deren Inhalt der Erziehung und Belehrung der Frau als Hausfrau und Mutter dienen soll. (Freudige Zustimmung.)

Nach kurzer Diskussion erklärt sich die Konferenz mit dem von Frau Zellin gemachten Vorschlag über Erweiterung der „Gleichheit“ einverstanden und die Anträge werden zurückgegeben bis auf den Antrag Elberfeld, die „Gleichheit“ möge leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werden und mehr Unterhaltungsstoff bringen. Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Unter allseitiger Zustimmung wird hierauf Fr. Vaader-Beil als Central-Vertrauensperson wiedergewählt.

Frau Zellin: Es hieße Gelder in den Kirchenbaufonds des Herrn v. Nothack schütten, wenn ich ein Wort zum Lobe unrer Genossin Vaader sagen wollte. (Heiterkeit und Beifall.)

Frau Bösch-Leipzig ruft den Genossinnen in einem poetischen Abschiedsgruß, der mit großem Beifall aufgenommen wird, ein: „Auf Wiedersehen!“ zu.

Frau Zellin erklärt hierauf die Tagesordnung für erschöpft und hält die

Schluß-Ansprache:

„Weir uns aneinandergehen will ich den Dreier Genossen für das große Interesse, die Sympathie und die Hilfsbereitschaft danken, die sie uns entgegengebracht haben. (Bravo!) Auch meiner großen Befriedigung will ich Ausdruck verleihen über den schönen einheitlichen und harmonischen Verlauf unrer Konferenz und meiner Freude, daß Genossinnen, die erst seit kurzer Zeit in der Bewegung stehen, mit solchem Erfolg und solchem Verständnis an unren Arbeiten teilgenommen haben. Ich bin überzeugt davon, daß die vielfachen Anregungen, die hier von verschiedenen Seiten gekommen sind, ihre Früchte tragen werden. So unscheinbar die Arbeit auch sein mag, die wir hier geleistet haben, es pulsierte hier jenes Leben, von dem Leopold Jacoby sagt:

„Es weht ein gewaltiger Geisteshauch, Ueber der Erden,

Der gleichen auf Erden noch nie ist gespürt worden.

Er wühlet die Wellen auf vom Grunde.

Dem Ambos hat es einer gelagt,

Daß er aus demselben Stoff gemacht sei wie der Hammer,

Und siehe, er will nicht länger Ambos sein!“

Ja, ein gewaltiger Geisteshauch hat die Wellen aufgewühlt von dem Meere der Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch von dem Meere der Sehnsucht nach Freiheit und Kultur, da, wo es am tiefsten ist. Aus Nacht und Rot der Fabrikten, aus der Enge und Beschränkung des proletarischen Haushaltes sehen wir — eine Erscheinung, die die Geschichte noch nie gesehen hat — die proletarischen Frauenmassen sich als Kämpferinnen nicht nur um Brot, sondern für die höchsten Ziele sich zusammenschließen. Das ist die festeste Bürgschaft dafür, daß der Sache des Proletariats, die die Sache der Menschheit ist, die Zukunft gehört. Wenn wir wieder zur Arbeit zurückkehren, mag sie nach außen

geräuschvoll sein oder still und unscheinbar, von der großen Masse der Ungenannten und Unbekannten aber mit der gleichen Seelengröße und dem gleichen Eifer und Ehrlichkeit werden, so erfüllt uns das Gefühl, daß wir Kämpferinnen sind. Im Hinblick auf den Feind, der uns gegenübersteht, im Hinblick auf den Unverstand der Massen, den Widerstand der reaktionären Macht, die Unsumme von Ungerechtigkeiten in der bürgerlichen Welt, im Hinblick auf all diese Gegner, mit denen wir den Kampf aufnehmen und siegreich bestehen werden, muß unser tägliches Morgen- und Abendgebet der Beten von Konrad Ferdinand Meyer sein:

Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,
Mich reut die Stunde, die nicht Wunden schlug,
Mich reut, ich sag' es mit zerstücktem Sinn,
Daß ich nicht dreifach läßt gesehn sein.

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Frauenkonferenz ist geschlossen.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Russlands Getreide-Export. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges tauchte in der Presse die Befürchtung auf, daß die Getreideausfuhr Russlands infolge des Mehrbedarfs im russischen Inlande beträchtlich abnehmen werde; mehrfach wurde sogar auf die Möglichkeit eines russischen Getreideausfuhrverbotes hingewiesen. Wir haben demgegenüber bereits damals hervorgehoben, daß allein schon die Notwendigkeit, neue Geldmittel ins Land zu ziehen, die russische Regierung davon abhalten werde, dem Getreidetransport irgend welche Schwierigkeiten in den Weg zu legen; und tatsächlich ist die russische Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Reis im vergangenen landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahr 1903/04 die dritthöchste während der letzten zehn Jahre gewesen. Nur die Ausfuhr in den Jahren 1897/98 und 1902/03 war noch etwas größer. Es wurden nämlich ausgeführt im:

Wirtschaftsjahr (vom 1. August bis 31. Juli)	Menge in Millionen Pud					Gesamtmenge	Gesamt-wert in Mill. Rub.
	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Reis		
1894/95	221	83	70	113	28	515	207
1895/96	206	71	56	77	9	419	204
1896/97	188	61	64	68	7	388	280
1897/98	210	75	26	83	26	420	384
1898/99	107	44	20	37	23	291	216
1899/1900	98	72	65	44	14	298	227
1900/01	123	80	76	55	10	344	293
1901/02	137	70	59	71	62	369	311
1902/03	228	99	79	122	27	550	428
1903/04	240	61	81	141	27	500	375
Durchschnitt der zehn Jahre	176	72	55	67	23	412	304

Was die Ausfuhr der einzelnen Getreide-Arten anbetrifft, so nahm der Export von Weizen und namentlich der von Gerste im Jahre 1903/04 einen Umfang an, wie er im letzten Jahrzehnt nicht erreicht worden war. Die Ausfuhr von Roggen, Hafer und Reis war verhältnismäßig nicht groß; die Ziffern für Roggen und Hafer stellen sich sogar niedriger als der Durchschnitt des Jahrzehnts. Bei der sehr bedeutenden Ausfuhrmenge 1903/04 hatte man einen verhältnismäßig höheren Wert erwartet, aber die größere Ausfuhr von Gerste bei ziemlich niedrigen Preisen hat den Wert herabgedrückt.

Die Berliner Bierbrauereien haben zwar einen recht guten Sommer hinter sich. Die anhaltende Hitze förderte den Bierkonsum, so daß die meisten größeren Brauereien, vornehmlich allerdings die Weißbierbrauereien, bedeutend größere Quantitäten abgestoßen haben, als im vorigen Jahre; aber auf wesentlich höhere Dividendenverteilungen wird trotzdem nicht gerechnet. Die Dividende der Deutschen Bierbrauerei-Aktien-Gesellschaft wird z. B. in einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin wieder auf 10 Proz., wie im vergangenen Jahre, geschätzt. Der Absatz wird zwar den vorjährigen (189/98) fast gleich, um etwa 20 000 Hektoliter überlegen; beim Gewinn-Ueberschlag fällt jedoch ins Gewicht, daß das Jahr 1903/04, als das eigentlich erste der Betriebsvereinigung Maderberg-Bicheldorf, noch Sonderkosten zu tragen hatte, ferner aber, daß die Steigerung der Hopfenpreise allein 80 000 M. Mehrausgaben verursachte. — Die Schultheiß-Brauerei Akt.-Ges. in Berlin dürfte eine Dividende von 16 Proz. in Vorschlag bringen gegen eine vorjährige von 15 Proz.

Zu der Transaktion der Höfster Farbwerke erfährt die „Frankf. Zeitung“, daß die an die Firma Cassella übergebenen 3/4 Millionen Mark neue Aktien einer zehnjährigen Sperte unterworfen werden. Dividendenberechtigung und Interessengemeinschaft erfolgen mit rückwirkender Kraft ab Jahresbeginn. Der Zusammenschluß erscheint als Ausgangspunkt einer umfassenden Vereinigung innerhalb der Farbenindustrie.

Konventionsbestrebungen der Drahtwerke. Gegenwärtig sind, wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, Bestrebungen im Gange, welche auf die Bildung eines allgemeinen Drahtwerkverbandes abzielen, der sämtliche Drahtprodukte umfassen soll.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Wahre Jacob“ hat jochen die 20. Nummer seines 21. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die farbigen Bilder „Der gute Karl des Hofrats“ und „Die Klage des Müllerismus“, sowie die Illustrationen „Russische Bauern“, „Katholische Bismarck“, „Annie Schwind“, „Das Auge des Gesetzes wacht“, „Russischer Absolutismus“, „Der Simulant“, „Der Sterbende König an seinem Sofa“, „Rechtspredigt“, „Der Patriotismus und der Kapitalismus“, „Die Frau aus dem Volke“, „Annonceman“ und „Wie der Große den Kleinen besiegte“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Dankebürger Klagen“, „Reue“, „September“ von Ludwig Lesken, „Ein Familienbild“, „Wahre Liebe“, „Der bestochene Hahne“, „Kapuzinerpredigt“ und außer zahlrechen kleineren Beiträgen in Prose und Versa noch die größeren Zeitschriften „Aus den höheren Ständen“, „Rechtsprechung gegen Baden“, „Russische Geschichte“, „Held, Handarbeit und Denker“ und „Ruslands Hoffnung“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindef. Socialismus. Herausgeber Dr. Albert Sadelum, Verlag Berlin W. 15. Preis vierteljährlich 1.50 M. Die überaus reichhaltige 10seitige Nummer 18 der „Kommunale Praxis“ erscheint gerade noch rechtzeitig vor dem Bremer Parteitag. Auch noch nicht darin eine Begründung seiner Abänderungsvorschläge zu der Lindemannschen Resolution. — Ueber den Kommunalen Vorständes Handel Edmund Jäger, der in seinen Ansparungen vielfach von denen abweicht, die Dr. Hugo Lindemann in seinem neuen Werke über diese Institution ausgeprochen hat. Eine bemerkenswerte und scharfe Kritik an dem preußischen Wohnungsgesetzwerk beginnt A. Kampffmeyer in einem Artikel, dem noch eine Fortsetzung folgen wird. Der Rottentest bringt ein reiches Material aus allen Bereichen des Gemeindef. Der juristische Sprachsaal, der unter der Leitung eines tüchtigen Juristen steht, gewährt jedem Abonnenten der „Kommunale Praxis“ die Möglichkeit, sich über alle in der Kommune auftretenden Rechtsfragen Auskunft zu holen. — Probennummern der Zeitschrift werden auf Wunsch vom Verlage der „Kommunale Praxis“ Berlin W. 15 kostenlos zugesandt.

Witterungsübericht vom 20. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand min.	Thermometer-Stand min.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. Vgl.	Stationen	Barometer-stand min.	Thermometer-Stand min.	Windrichtung	Windstärke	Ueber den Ort	
												Temper.	Wetter
Stromede	775 D	2 bedekt	6	Haparanda	771 D	2 halb Id.	6						
Hamborg	775 RD	2 halb Id	7	Veitshburg	776 D	1 bedekt	10						
Berlin	774 D	1 bedekt	7	Goet									
Kronfa. M.	771 D	4 wolkenl	5	Aberdeen	772 SED	2 heiter	18						
München	768 D	6 heiter	3	Paris	767 RD	1 wolkenl	6						
Wien	769 RRB	2 bedekt	6										

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. September 1904. Trocken und vorwiegend heiter, nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, bei mäßigen östlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 21. September. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus, Samson und Dalila. Neues König. Opern-Theater.

Schiller O. (Wallner-Theater). Die Kreuzschreiber. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). John Gabriel Borkman.

Casino-Theater. Nur eine Nacht. Wintergarten. Reichshallen. Paffage-Theater. Urena. Tannhäuser.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr. Tannhäuser. Tannhäuser.

Luisen-Theater. Ehrliche Arbeit. Ehrliche Arbeit.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67. Heute: Gastspiel Adolf Philipp. Ueber'n grossen Teich.

Deutsche Volksbühne. Carl Weiß-Theat. Or. Frankl. Str. 132. Genoveva.

National-Theater. Weinbergsweg 12a-13b. Eröffnungsvorstellung: Figaros Hochzeit.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Apollo-Theater. 8 Uhr: Venus auf Erden. von Paul Lincke mit der Parodie Hans, das kluge Pferd.

Metropol-Theater. Josef Giampietro a. D. Bender. Grünfeld. Frid-Frid. Der größte Erfolg dieses Jahres Ein tolles Jahr.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Die Weltausstellung in St. Louis. Hierauf: Der Gardasee. Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.

Rosa das gelehrte Pferd!

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Militär-Konzert.

Casino-Theater. Lotzingerstr. 37. Anf. 8 1/2. Sonntag 7 1/2. Einziges Theater Berlins im Genre der alten Wallner-Bühne.

Mutter Gräber. Volkstheater in 3 Akten v. Reiflingen. Vorher der erfolgreiche bunte Zell.

Trianon-Theater. Georgenstr. zwischen Friedrich- und Universitätsstr.

Ihr zweiter Mann. Lustspiel in 3 Akten von André Sylwane und Maurice Kroes.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Nehm. Wochent. 5. Sonnt. 3 Uhr. Dida die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.

Pocahuntas, die indische Jona Paul, Komiker. The Finlays. Lucio Verdier, Vortragskünstl.

Scala-Theater. Vincentstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). Sensationelles Programm! Löwys Duell.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Zum 101. Male der größte Herrnfeld-Schlager Nur eine Nacht.

Am andern Morgen. Nachspiel zu 'Kur eine Nacht' mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Palast-Theater. Bürgerliche Schauspiele. Burgstr. 22. Jubiläums-Saison. 10 Jahre. Um 8 1/2 Uhr: Noëli: Vom Himmel zur Hölle.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstr. 58. Gajazzo und seine Familie.

Weimanns Volksgarten-Theater. Badstr. 56, Gesundbrunnen. Entscheidung: Ringkämpfe. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwochabend 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Kleines Theater Neues Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 8 Uhr.

Des Pastors Rieke. (Wangel, Hus, v. Winterstein, Ekerl.) Donnerstag: Nachtsyl. Freitag: Des Pastors Rieke.

Thalia-Theater. Drebbenerstr. 79/78. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8. Täglich abends 7 1/2 Uhr.

Der Weiberkönig. Große Ausstattungspöffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Sonntag, 25. Sept. nachm. 3 1/2 Uhr: Chorlehs Tante.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internat. Künstlerkonzerte. Theater-Abteilung. Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Cirkus Busch. 21. September, abends 7 1/2 Uhr: Südwest-Afrika. 15 Polarbären, dress. und vorgef. von Mr. Henriksen.

Cirkus Schumann. Heute, Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr: Grande Soirée equestre.

Diez' Specialitäten-Theater. Landoberger Allee 76/79. Am herrlichen Garten od. gr. Saal das neue sensationelle Programm 38 Sensations-Nummern.

WINTER GARTEN. Pas de Deux oriental. Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen. Paula Worm, Operettensängerin.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Der Galeerenflave Schauspiel in 5 Akten v. B. Gambrell.

Germania-Prachtsäle. Chausseestr. 103. Arnold Scholz. Jeden Mittwoch: Hamburger Säger (Stöckl, Wolff).

Reichshallen-Theater. Täglich: Humor. Soirée der Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn. Heute Mittwoch: Hotel Klingebusch. Volkstheater mit Gesang in 5 Akten von Kneifel.

Möbelfabrik. Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei BERLIN SO., Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6, am Kottbuser Thor.

Etablissement Suggenhagen Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Im großen schattigen Parkgarten jeden Abend 8 Uhr: Konzert.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68 • Lindenstr. 69. Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement: Wider die Pfaffenherrschaft.

aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow. 50 Lieferungen reich illustriert • à Lieferung 20 Pfennig.

aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow. 50 Lieferungen reich illustriert • à Lieferung 20 Pfennig.

Hygienische Artikel jeder Art, viele Neuheiten. Reichhaltige illust. Preisliste gratis u. franko.

Schloßpark Wilhelminenhof a. d. Obersee. Jeden Mittwoch und Sonntag: Großer Elite-Ball.

L. Katz & Co. Spandauer Straße 45 am Volkspark und Spandauer Straße 56. Große Königstraße. Liefern komplette Kücheneinrichtungen.

Sehr wohlfeiles Joppen-Angebot solange der Vorrat reicht. Joppe aus kräftig. Loden 500 M.

Joppe aus prima schwer. Doublet 575 M. sind Joppe aus dunkel. grau Marengo 575 M.

Knaben-Joppen für das Alter von 9 Jahren 375 M. streng fest! Jünglings-Joppen aus prima Loden, gefüttert 525 M.

Heitinger & Co. Deutsche Compagnie Berlin, Oranien-Strasse No. 40/41. Preiscurant gratis und franco!

Steppdecken Gelegenhkauf! Bunt Kattun, Ersatz für Deckbett 295. Similiseide in don. Farbton rot, blau, oliv 495 675. Wollatlas 525 750.

Steppdecken kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Waldstr. 72, wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden.

Dr. Simmel, Prinzess-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Aus der Frauenbewegung.

Steglitz. Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Steglitz im Umgegend bei Bahrendorf, Schloßstraße 117 seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Gäste willkommen.

Pankow. Donnerstag, den 15. September wurde in Pankow eine gut besuchte öffentliche Versammlung bei Mierke abgehalten. Fraulein Lischnewski hielt einen lehrreichen Vortrag über die geschlechtliche Belehrung der Jugend.

Adenick. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Adenick hielt am 14. September eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Frau Reich einen Vortrag über Heimarbeit hielt. Dierauf wurden Vereinsangelegenheiten erledigt. Die Vorsitzende Frau Schlicht legte mit Bedauern ihr Amt nieder, weil sie am 1. Oktober nach Berlin verzieht. Frau Pflugbeil wurde beauftragt, die Geschäfte der Vorsitzenden bis zur Neuwahl zu führen.

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hält am Donnerstag, den 22. d. M., eine Mitglieder-Versammlung im Saal von Bahrendorf, Schloßstraße 17, ab. Herr Schwantje spricht über „Eine wenig beachtete, aber sehr wichtige Sittenfrage“. Die Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen, auch ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. — Männer und Frauen haben alle Gäste Zutritt.

Gerichts-Zeitung.

Die freie Meinungsäußerung in Preußen. Wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und der andern mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehenden Religionsgesellschaften bezw. wegen Verhöhnens hatten sich gestern der Schriftsteller und Humorist Stanislaus Strzelewicz zu Pankow und der Buchdruckereibesitzer Otto Goerke zu Charlottenburg vor der Straf-Kammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte Strzelewicz hat eine „Sammlung von Liedern, Couplets, Duetten und Solofcenen“ im eignen Verlage in Pankow herausgegeben. Heft 6 dieser vom Angeklagten Goerke gedruckten Sammlung enthält ein von St. gedichtetes Coupletlied „Mein Glaube“, in welchem es u. a. hieß: „Ich habe nicht den Verdummungsglauben, den irgend eine Kirche lehrt, der von des Jenensits süßen Krauben schwärzt, wenn das Volk hier Brot begehrt.“ — Der Staatsanwalt

hielt durch diese Worte die Thatbestandsmerkmale des § 166 St.-G.-B. für gegeben und beantragte gegen Strzelewicz, der wegen eines gleiches Vergehens schon vorbestraft ist, 6 Monate Gefängnis, gegen Goerke 1 Monat Gefängnis, indem er davon ausging, daß letzterer als Drucker, dem auch die Korrektur oblag, zweifellos Kenntnis von dem Inhalte des Liederbuches gehabt haben müsse. Rechtsanwalt Heine als Verteidiger bestritt lehteres und wies darauf hin, daß Angeklagter Goerke thatsächlich den Inhalt nicht gekannt und auch habe annehmen können, daß in dem Liederbuche Strafbares nicht enthalten sei, da er für St. schon mehrfach Druckarbeiten geliefert hatte, ohne daß darauf weiteres erfolgt sei. Er beantragte daher die Freisprechung von Goerke. Nach seiner Ansicht könne aber auch St. nicht verurteilt werden, weil in den Worten „Verdummungsglauben“, den irgend eine Kirche lehrt“, nur ein Angriff gegen eine Lehre enthalten sei. Ein solcher sei aber straflos. Ein Angriff auf die Kirche selbst sei aber nicht herauszufinden. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten Goerke frei und verurteilte den Angeklagten Strzelewicz zu 1 Monat Gefängnis.

Der Nordprozess Seufert vermagt. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stand gestern Termin in der Nordfische des Arbeiters Thomas Seufert an, die so schaurig ist, daß man die in diesem Falle bestandene Negung der Bestie im Menschen kaum für möglich halten sollte. Der Angeklagte Thomas Seufert aus der Pappel-Allee 39 ist beschuldigt, am 26. Februar im Anschluß an einen Streit mit seiner Ehefrau und in eifersüchtiger Negung sein zweijähriges Töchterchen Gertrud hingeschlachtet zu haben, nachdem er in Gegenwart des siebenjährigen Sohnes Arthur das zur blutigen That benutzte Küchenmesser auf einem Puffstein geschärft hatte. — Beim Aufrufe der Geschworenen stellte sich heraus, daß ein Geschworener, der Hausbesitzer Ernst Schulze aus der Reichmanstraße, ohne Entschuldigung ausgeblieben war. Da nunmehr die vorgeschriebene Anzahl von 24 Geschworenen nicht zur Stelle war, ordnete der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Vonhoff sofort eine Ergänzung durch Ersatzgeschworene an und es wurden Voten zur Verbeiholung eines solchen ausgesandt. Die Mission gelang aber nicht und dem Vorsitzenden blieb nach mehrstündigem Warten nichts übrig, als die Sache zu vertagen. Durch Gerichtsbeschluß wurde dem ausgebliebenen Geschworenen eine Ordnungsstrafe von 100 Mk. und die Kosten des bereiteten Termins, zu welchem 15 Zeugen geladen waren, auferlegt.

Der Schriftsteller Karl Alexander Wald vor Gericht. Vor der sechsten Strafkammer des königlichen Landgerichts zu Dresden hatte sich gestern der hellberetete Vorsitzende der im Februar v. J. gegründeten Freien literarischen Gesellschaft zu Dresden, der Schrift-

steller Karl Alexander Wald, wegen großer Kautions-schwindscheien zu verantworten. Wald ist seit 1884 schriftstellerisch tätig und kam im Jahre 1900 von Hamburg nach Dresden. In Homburg wurde er zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt, eine Strafe, die ihm indessen vom Hamburger Senat zur Hälfte geschenkt wurde. Völlig mittellos kam er 1900 mit seiner Familie nach Dresden, war anfangs literarisch thätig, veruchte sich auch als Annoncenacquisiteur, legte sich dann aber, um aus der ewigen Misere herauszukommen, auf den Kautions-schwindel. Wald hatte fast ein Duzend junger Leute, meistens Kaufleute, als Expedienten angestellt, und sich von diesen Kautionen in Höhe bis zu 500 Mk. geben lassen, die er für sich verbrauchte. Damit die jungen Leute nicht zusammen kamen, mietete er eine Anzahl leerer Zimmer in verschiedenen Stadtteilen, stellte in jeder ein Zimmer ein Tisch und einen Stuhl und ließ dann seine Angestellten Briefe abschreiben. Mit der Gehaltszahlung vertrödelte er die jungen Leute bis zum Erscheinen seines neuen Buches, das inzwischen unter dem Titel „Neuer Rufnamanach“ in Dresden herausgekommen ist. Ferner gab Wald die „Neuen deutschen Dichterstimmen“ heraus und verstand es, in der Freien literarischen Gesellschaft Vorstandswirtschaft zu werden. Als seine Betrügereien — er hatte neun junge Leute um 1910 Mk. beschwindelt — bekannt wurden, ergriff er die Flucht, ließ Weib und Kind zurück und reiste nach Paris, wo er sich wochenlang verborgen hielt, bis er zurückkehrte. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Walds zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und zehn Monaten. Ferner wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt. Gegen Wald und dessen Frau, die sich ebenfalls in Haft befindet, steht noch eine Untersuchung wegen Erpreßung. Das Paar soll einen bekannten Dresdener Arzt eines Sittlichkeitsdeliktes bezichtigt haben, um Geld zu erpressen.

Der frühere Kassenrentant der Damcnmäntel-Schneider-Innung, Karl Die d r i c h, hatte sich gestern wegen Unterschlagung von 5300 Mk. Innungsgeldern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte, der sich in Not befinden haben will, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wovon 1 Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Vom Arbeitswilligenklub. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung ist der Steinseher Karl W. vom Schöffengericht in Spandau zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er soll während des Ausstandes der Steinseher am 4. Juni einen Arbeitswilligen gefragt haben, wie er sich nur so weit vermesse und unter den vorliegenden Umständen arbeiten könne. Man trüge ihn und wenn es zwanzig Jahre dauere.

V. und VI. Wahlkreis

(30. Kommunal-Wahlbezirk).

Freitag, den 23. September 1904, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenhaler Hof“, Rosenhalerstraße 11/12:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Preisnachrichten im Roten Hause. Referent: Stadtverordneter Franz Kozke. 2. Diskussion und Aufstellung eines Kandidaten für den 30. Kommunal-Wahlbezirk. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen des V. und VI. Kreises erwartet. Die Vertrauensleute.

Blatt: Verbreitung am Sonntag, den 25. September, 1/8 Uhr früh im 5. Kreise von den Lokalen: Wirth, Auguststr. 51. Wittchow, St. Hamburgstr. 27; im 6. Kreise von den Lokalen: Merker, Bergstr. 10 (Eingang Wasserstraße), Hoppe, Adenstr. 21.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 21. September 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Versammlung der Schleifer und Galvaniseure.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung.

Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:

Versammlung der Elektromonteuere.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Starkstrom“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder. Hiermit machen wir den Kollegen bekannt, daß unsere Versammlungen regelmäßig jeden Monat am Donnerstag nach dem 15. stattfinden.

Zustel werden zu den regelmäßigen Versammlungen nicht mehr verteilt. Zahlreiches Besuch dieser Versammlungen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Kein Laden! Kein Laden!

Selten günstiges Angebot!

Special-Offerte für Händler und Restaurateure:



Don Miguel 1000 Stück Mk. 43.—

Marke Don Miguel, 6 Pfg.-Qualität, 100 Stück Mk. 4.80.

Ferner empfohlen wir unsere so sehr beliebten Specialmarken:

Malgüchcon	Mk. 2.50	Royal, Brasil-Mischung	Mk. 4.20	Lord, 10 Pfg.-Qualität	Mk. 6.50
Jack, Konsum-Cigarro	3.—	Exquisitos, sehr beliebt	4.50	Mein Liebling, feindulchtig	7.50
Rogina, eleg. Fasson	3.50	Eva, Kasino-Cigarro	5.—	Mi Reina, edles Aroma	10.—
St. Lucia, ff. Mischung	3.75	St. Andreas Mexiko, uns.	5.—	Promora, Import-Ersta	12.—

Kl. Mexiko-Cigarre, ca. 9 cm lang, Ausschuß (wird mit 5 Pfg. detailliert), 100 Stück Mk. 3.—

Versand nicht unter 100 Stück einer Sorte, von 300 Stück franco. — Nichtkonventionelles nehmen wir zurück.

Rauscher & Fabisch, Cigarren-Engros-Haus, Berlin NW. 36, Karlstraße No. 24, 1. Etage, an der Friedrichstraße.

Nur 12 Minuten

vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Ballenberge erschlossen.

Nur bis zum 1. Oktober 1904

werden die ersten 100 Parzellen zu Ausnahmepreisen von

1 Mark an pro qm. netto Baugrund

unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Landbauhand abgestimmt.

Näheres von 10-6 Uhr im Restaurant Molar, Straße am Ballenberg 19 bei Grünau. (Firma und Nummer beachten!)

Teilnehmer an englischen Konventionen - Cirkel gesucht; ebenso am Cirkel für Anfänger; monatlich 4 Mk. Bismarckstr. 8 (Frenz), Charlottenburg. Privatstunden ebenfalls auch in Adenick, Sedanstr. 57 III.

Frau Swienty geb. Liebknecht.

Achtung! Putzer! Achtung!

Freitag, den 23. September, abends 6 Uhr, im Vereinshaus, Rosenhalerstraße Nr. 57:

Baudeputierten-Versammlung.

Ich erlaube die Kollegen, darauf zu achten, daß jeder Bau vertreten ist und die Deputierten pünktlich erscheinen. Gleichzeitig mache ich auf die heute abend stattfindenden Bezirksversammlungen aufmerksam und ermahne zahlreichen und pünktlichen Besuch derselben. Die örtliche Verwaltung und Obmänner. A. K.: H. Neumann.

Achtung! Verband der Portefeuller. Achtung!

Mittwoch, den 21. September, abends 9 1/2 Uhr, in Graumanns Festsaal, Raupnstraße Nr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Wahl der Kandidaten des Gewerbegerichts. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Fliesenleger!

Freitag, den 23. September d. J., abends 8 1/2 Uhr bei Patt, Drägerstr. 15:

Oeffentliche Versammlung der lokalorganisierten Fliesenleger Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu den Gewerbegerichtswahlen, eventuell Aufstellung eines Kandidaten. 2. Verschiedenes. Der Einberufer. W. Schulz, Berlin O., Petersburgerstr. 75.

Klavaturarbeiter!

Donnerstag, den 22. September, im Lokal Süd-Ost, Arangel-Straße No. 75:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung. Die Branchen-Kommission. Die Agitationskommission des Fachvereins. Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner - Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohnbewegung der Klavierarbeiter. 2. Werkstattkreis und Differenzen. 3. Bericht über die Verhandlungen mit der Meisterkommission. Mitgliedsbeitrag nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Branche der Modell- u. Fabrik-Tischler.

Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Davidson über „Ferdinand Kassaer“. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet. Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Friedrich Thiem** am 18. d. M. gestorben ist. Seine Hinterbliebenen! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle Fürstenbrunnenweg aus statt. Nege Beteiligung erwartet. 121/7 Die Ortsverwaltung.

Heute nacht 12 1/2 Uhr entschloss ich mich nach langjährigem Leiden infolge schwerer Operation meine liebe Frau, unsere unvergeßliche Mutter **Emilie Rau** geb. Scheiblich im 43. Lebensjahre. Dies geht mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetriibt an Berlin, 19. September 1904. **Fritz Rau**, Sohn. **Alfred Rau**, Sohn. **Helene Rau**, Tochter. **Otto Klakow**, als Verlobter, 1895b Waben. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. September, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhaus Brangestr. 86 aus auf dem Friedhof der Tröpeler Gemeinde, Neue Krug-Allee, statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise untriger Teilnahme sowie die schönen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Bruders sagen allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank. 1905b Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Wilhelm Petzling.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vannes **Hermann Heidrich** sage ich allen meinen herzlichsten Dank; ganz besonders danke ich den Kollegen von Siemens-Schuckert, Abt. 78, Charlottenburg, Brandenburgerstr. 13996. **Witwe Heidrich, geb. Braack.**

!! Von 36 Mk. an !!

Beste Herrenanzug, neueste Muster, feinste Zutaten, 2 Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medalie. **Ludwig Engel**, Brenzlauerstraße Nr. 23 II (Mikantenplatz). Nur gute reinwollene Stoffe, großes Lager. **Wer-Stoff-hat**, fertige Herrenanzug, 20 Mk., feinste Zutaten, 2 Anpr. Für guten Sitz bekam gold. Medalie. **Ludwig Engel**, Brenzlauerstr. 23, II. (Mikantenplatz). — Gegründet 1892. 1890b



H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18.

Veteranenstr. 1-2.

Heute Mittwoch

Letzter Tag unsres Räumungsverkaufs

Donnerstag, Freitag und Sonnabend bis 3 Uhr bleiben unsre Geschäftsräume wegen Vorarbeiten zur Eröffnung unsres Erweiterungsbaues geschlossen.

Eröffnung: Sonnabendnachtsmittag 3 Uhr.

Ansertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Ansertate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckt Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Weidenweg 19. Spottbilliger Gardinenverkauf. 149*

Betten, Bettwäsche, Bettlatten, Aussteuerwäsche, Spottpreise. Pfandleihhaus Weidenweg neuzugeln. Verkaufzeit genormigter Ladenschluss.

Hochovernahme Teppiche, Bettvorleger, Portieren, Steppdecken, Spiegel, Regulatorer, Freischwinger, Bekleidungen, Kleiderauswahl, Spottbillige Pfandleihhaus Weidenweg neuzugeln. 149*

Spottbillige hoch elegante Stores, Gardinen, Betten, Aussteuerwäsche, Pfischdecken, Schlafdecken, Brausekissen und sonstige Gelegenheitsgaben, im Pfandleihhaus Weidenweg 19 einzufaufen. 149*

Jackettaschen, Sommerpaletots spottbillig. 149*

Verkaufene goldene Herrenuhren, Damenuhren, silberne Taschenuhren, Damenketten, Herrenketten, Trauringe, Ehegeringe, Einlegungs-Gehäufte, Schmuckstücke, Edelsteine, Spottbillig. Pfandleihhaus Weidenweg neuzugeln. 149*

Verkaufene Kinder jeder Art spottbillig, vorzügliche Betten, Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Inlette, Damendüsen u. Pfandleihhaus, Kaiserstr. 7. 24750*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig. Lude, Draniensstraße 131.

Cybergläser, Koffer, Revolver, Leuchtbügel, Bücher, Darmenaffen, Geigen spottbillig. Lude, Draniensstraße 131.

Reihzeuge, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldfäden, Regulatorer, spottbillig. Lude, Draniensstraße 131.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 187*

Hochovernahme Herren-Anzüge, Paletots, Bekleid., vorzüglich, aus reinen Rohstoffen, spottbillig. Deutsches Herrenhaus, Sägerstraße 63, eine Treppe. 23538*

Inrädgelechte Herrschpaletots, Winterpaletots, Herren- und Knaben-Anzüge, einzelne Paletts, Bekleid., sowie nicht abgeholte Mahangas werden zu fabelhaft billigen Preisen verkauft. Hermann Schendel, Draniensstraße 38, drittes Haus vom Draniensplatz.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes in Teppichlager Münn, Dadelocher Markt 4, Bahndhof Börse. 14212*

Zofabestände, Reste, enorm billig. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 68/69 (Wedding). 24566*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 23615*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Ballstr. 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelegte und verlebene gemessene Möbel, die wie neu sind, Kleiderstühle, Verticos 27 Mark, Kuschelstuhl 16, Rüsselstühle mit Federunterlagen und Kissen 30, Tischset 50, Paletts 70, Badstühle 20, Kuschelstühle 25, ganze Einrichtungen billig, Transport frei. 317*

Dringend sollen sämtliche Möbel einer großen Wohnung billig verkauft werden. Darunter gemessenes Bett 110 Mark, Ankleiderstuhl 84, Säulen-trument, geschliffen 96, Decorenschreib-tisch 48, hochfeine Kuchelstühle 450, Rüsselstühle 25, gemessene Säulenstühle, eleganter Tischset 50, Paletts 70, Bettlatten mit Matratzen und Kissen 27, Kuschelstuhl 25, Rüsselstuhl 10, Gardinen, Bilder, Betten, Teppich, Steppdecken, Blüschdecken 6. Dresdenstraße 38, vorn II links. 3110*

Teppiche mit Farbenlehren fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Hoch elegante Herrenanzüge und Paletts aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 24963*

Räder, Teilzahlungen, hundert-fünfzig Mark, Anwaltsstr. 148 (Wingung Vergütung), Sägerstr. 40, Große Frankfurterstraße 56.

Rahmstühle. Jede bis 10 Mark, wer Teilzahlung Rahmstühle kauft oder nachnimmt. Alle Systeme, Woche 100, Sofas erbeiten. Preisliste (ohne Port.) Nordoststraße 50.*

Tambourier, Maschinen, Hode-mer, alleiniger Fabrikant E. Beckmann, Großmarktstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 20738*

Gasofenhaus! Einlosgas-ofen! 0,80. Inellosgasofen! 3,00. Dreilochgasofen! Gasbraten! 6,00 Gasbügelapparat! Gasplättchen spottbillig! Holzauer, Wallnerstraße 22. 25188*

Bronzegasofen! dreifach mit! 6,00. Gasofen 14. Schaufenster-Gasbeheizung spottbillig. Holzauer, Wallnerstraße 22. 25195*

Eisenfen, gebrauchte, neue 2,00 an. Dauerbrandöfen 11,00. Gasköfen, Kochmaschinen 14,00. Gasköfen 6,00. Schreiber, Hochstraße 43.

Steppdecken billig! Robert Große Frankfurterstraße 9, parterre. 187*

Restauration sofort zu verkaufen, 9 Jahre bestehend, 4 1/2 Jahre in einer Hand, mehrere Terrine und Abstellten. Zu erfragen bei Bagener, Curauerstraße 4. 13715*

Gründergeschäft billig verkauft! Schöneberg, Kereberstraße 2.

Prächtige Land- und Wald-darstellungen, nur wenige noch in herrlicher Lage, Grundstücke von 12 Mark an verkaufen zu günstigen Bedin-gungen. Diefel und Kattach, Decorenb-ort, Schloßstraße 17. 12660*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragen, Kleidermacher von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgelechte, kauft man am billigsten direkt bei dem Schneider-meister Jantzen, Sägerstr. 63, Zimmerstr. 15, III. 14413*

Gebrauchter Kindermagen und verteilbarer Kinderstuhl billig zu verkaufen. Zweienth, Schönberg, Sedanstraße 57 III.

Bettlatten, Quadratrunder haben Markt, verkauft Schulz, Rixdorf, Danau-straße 12/13. 15885*

Umzugshalber. Sofa Kuschel-stuhl 18,00. Krimper, Raabstraße 7.

Gelegenheitskäufe! Neuer Kleider-stuhl 28,00, Bettstelle, Raabstraße 28,00, Dekor, Reichensbergerstraße 37. 18906*

Rosenberg, Kottbuserdamm 98. Nähmaschinen, Nähmaschinen, Kleider-näsehilf, Spottpreise. 25218*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61, Grenzauerstraße 60/60 und Große Frankfurterstraße 43. 191*

Rosenberg, Kottbuserdamm 98. Knaben-Anzüge, Knaben-Paletts, Koppen. Kleiderauswahl. Spottpreise.

Rosenberg, Kottbuserdamm 98. Damenjackets, Damencapes, Damen-röcke, Damenblusen, Kleiderauswahl. Spottpreise.

Rosenberg, Kottbuserdamm 98. Reste zu Damenjackets, Reste zu Anabenanzügen, Reste aller Art; Zufchnitt gratis; enorme Auswahl. Spottpreise.

Verkauf! sofort zwei Kleider-schänke, Vertico, Bettstellen, Tisch-tische, Kuschelstühle, Stühle, Säulen-trument, vollständige Räder. Ein-richtung (auch einzeln) spottbillig. Waldemarstraße 27, vorn I. 3118*

Möbel, elegante 5 Zimmer, gut erhalten, verkauft spottbillig, auch einzeln, Händler verbleiben, Pren-terstraße 107/108 I links. 3117*

Ausländer nach Dänisch, zwölf Zimmer, wegen Heimreise schlie-ßen sofort zu verkaufen; elegante Sala-mangarnitur, Kandelgarnitur, Poneelle-mit mehrerhohem Spiegel 48,-, Säulenstühle, Trumenen für jeden Preis. Friedrichstraße 113 II. 121/10

Einzelne Dame verkauft. Blich-schiff, Salongarnitur, Kandelgarnitur, Trumenen, Leuchtlampe, Säulenstühle, Doppel, Sägestr. 29, hochparterre.

Verzug nach außerhalb verkaufte billig. Kandelgarnitur, Bettstellen, Säulenstühle, Trumenen, wie neu, Sudowerstraße 13, I (Vorplatz).

Spiegelst. Eleg. Sofa, Tisch, Stühle, Chaiselongue billig ver-kauft. Schüller, Pringensstraße 60.

Eine Nähmaschine zu verkaufen bei Schmidt, Rathorstraße 15. 14036

Nähmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, wochentlich 1,00. Für 9 Jahre Garantie. Unterricht im Nähen, Stoffen gratis. Poststraße 6, Widenstraße 113, Belle-allianzstraße 25, Frankfurter Allee 10.

Waldgerstraße mit Kofe zu ver-kaufen, täglich 100 Liter, Regener-straße 87. 14015

Zingermaschine (Garantie) 25,00, Koch, Freierstraße 16. 1866

Zingerrührst. billig. Knobli, Odenburgerstraße 3, Gemüseladen.

Ein Schloß zu verkaufen. Köp-ferstraße 191 bei Hauke. 1119

Zingermaschine, tabellos, 14,00, Restaurant Wandberg-straße 10. 14006

Rahrad, elegant, spottbillig. Wienerstraße 37, Restaurant. 14046

Bettstellen, Kleiderstühle, Sofa, Rüsselstuhl verkauft. Blamler 92e, 2. Luergelgebäude, Kupfe. 1122

Badeneinrichtung billig verkauft! Geamieerstraße 4, Geamiramladen.

Küche, Kinderstühle, Sofa, Rüsselstuhl wegen Umzug nach außer-wald billig zu verkaufen. Binder, Rägerstraße 21, Eingang Putzstr. str. 1. 1106

Kanarienhöhne (Selbstst.) billig. Oahu, Ueberstraße 3, zweiter Auf-gang. 1119*

Schloß 30,00, Bettstelle, Raabstraße 15,00. Poststr. 23, Zapfstr. 13988

Betten, hochfeine, 14,00, Lange-straße 53, vorn IV. 13988

Selten wiederkehrende Gelegen-heit: Vollerstühle 250, große Spiegel 4,-, Kuchelstühle 2,-, Näh-maschine 14,-, eleganter Tischset 45,-, edel Ruchbaum furnierter Kuchelstuhl 38,-, Bilder 2,-, Vertico 3,-, Steppdecken, sammelte, Handarbeit, 6,-, komplette Kuchelstühle 33,-, für Verkaufte auch Sonntags. Köpfer-straße 129a, I. 13946

Zuletzt wiederkehrende Gelegen-heit: Vollerstühle 250, große Spiegel 4,-, Kuchelstühle 2,-, Näh-maschine 14,-, eleganter Tischset 45,-, edel Ruchbaum furnierter Kuchelstuhl 38,-, Bilder 2,-, Vertico 3,-, Steppdecken, sammelte, Handarbeit, 6,-, komplette Kuchelstühle 33,-, für Verkaufte auch Sonntags. Köpfer-straße 129a, I. 13946

Zuletzt wiederkehrende Gelegen-heit: Vollerstühle 250, große Spiegel 4,-, Kuchelstühle 2,-, Näh-maschine 14,-, eleganter Tischset 45,-, edel Ruchbaum furnierter Kuchelstuhl 38,-, Bilder 2,-, Vertico 3,-, Steppdecken, sammelte, Handarbeit, 6,-, komplette Kuchelstühle 33,-, für Verkaufte auch Sonntags. Köpfer-straße 129a, I. 13946

Tanzschule Gruppe, Annenstraße 10, Sonnabend 3,00, Dienstags 4,00 (Monat). 12526*

Unfallkosten, Rechtsbureau. Bager-Steiglerstraße fünfundsiebzig. 1378*

Unfallkosten, Raterteilungen, Ein-gangsbücher, Straßchen. Peisch, Brunnenstraße 97 (Vollstamm). *

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzstraße achtzehn! Erfahrener Proceßanwalt! Ehegeschichten, Inter-ventionen, Straßchen! Eingaben-gelche! Raterteilung. 1219*

Unfallkosten! Sofa 6,00, Rutsche 4,00, auch außerem Hause. Baumann, Damschstraße 35b. 23582*

Unfallkosten. Raabstraße 4,00, Sofa 5,00, Kofe, Reue König-straße 2. 317*

Unfallkosten Raabstraße 4 (Poststraße), fomme jeden Etaditel. Oranda, Stelmbergstraße 15. 12885*

Pfandleihe. Pringensstraße 63, Ede Annenstraße, täglich 8-8, Sonnt-ags bis 2 Uhr geöffnet. 25128*

Witz, Waten, Man-Kocher, Zeh-lungen und andre Bücher kauft Beher, Buchhandlung, Draniens-straße 128. 12956

Rahradverkauf. Rahn, Köpfer-straße 63. 30/19

Rahradverkauf, Möbel, Planino-Belichtung, Maphaf, Schönhauser Allee 163a. 23559*

Goldfäden, Silber, Jahngewichte, Platin, alte Uhren, Stempelpapier kauft Schneider, Draniensstraße 137, Eingang Bernauerstraße, Gold-fäden. 13726

Waldgerstraße mit Kofe, sehr in Spiritus eventuell Wasser, kauft ein 2 Mark Linnos, Anwaltsstr. 10b.

Caal! Heilichellen, Vereine, Vereinszimmer. Annenstraße 16. *

Caal und Vereinszimmer für Festsitzenden und Versammlungen frei. Jannasch, Inhofstraße 10. 1174*

Zimmer für Vereinszimmer, Familienfeste Oberwasserstraße 29. *

Vereinszimmer mit Planino, bis 50 Personen, Telefon. O. Grün-straße 21, Weidmarkt. 2382K*

Wiel Regelbahnen, großes Ver-einszimmer, noch einige Tage in der Woche zu vergeben. D. Dobberahn, Magedorstraße 29, Ede Kuchel-straßen. 13345*

Parutanwalt Danmann, Drani-ensstraße 57, Markplatz. Rat in Patentlagen bis abends acht. 13745*

Vereinszimmer mit Planino, 30-40 Personen, Badmunderstraße 9.

Waschkohle. Jede für Wasche wird sauber gemacht, Keelen ge-wonnen, Lafen, Leibwäsche 0,10. Ab-holung Sonnabend. Büchem Er-lsch, Köpferstr. 18. 13308

Sache aufgelöst! Bitte um Ver-zeihung. Nr. 111. 13876

Parteilose bittet um 300 Mark Darlehn zur Vergrößerung seines Geschäftes. Offerten unter B. 1, Post-amt 65. 1150

Vermietungen.

Tempelhof, Werderstraße 1: Bäder, Patentofen neu erbaut. Haus dreistöckig zu vermieten. Näheres da-selbst. Sofort beziehbar. 3025*

Wohnungen.

Stube, Küche, Korridor 30,50 und 21,00 Mark. Stralauer Allee 20. *

Kleine Wohnungen Kauerstr. 129.

Zimmer.

Kleines Zimmer, zwei Herren, Köpferstraße 45, Luergelgebäude, Große. 1146

Schlafstellen.

Zwei Herren finden freundliche Schlafstelle Miedelstraße 3, Seiten-lager 3 Treppe links. 119

Parteilose findet vom 1. Oktober ab in Miedel, Grobmarktstraße, laufere Schlafstelle bei Redling, zur Zeit Beaufelstraße 57a. 13826

Mietsgesuche.

Suche möbliertes Zimmer. 16 bis 18 Mark. Offerten, Zimmer, Post-amt 12. 13935

Möblierte Schlafstelle, allein, Essen, sucht junger Mann. Offerten kleine Androssstraße 15, Heine. 1451

Autonädiges Mädchen sucht Schlaf-stelle im Osten. Offerten unter J. Y. Postamt 33. 1100

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker, November frei. Eißholz, Grobmarktstraße 7. 13066

Gumorst Schmelzer, Häger-straße 10. 1106*

Stellenangebote.

Rautschustempelfabrik sucht einen tüchtigen Arbeiter und Balkenkur bei hohem Lohn. Offerten an Richard Hoffmann, Adalbertstraße 73. 30/16*

Arbeiter von 14-16 Jahren verlangt Max Leonhard, Schloß-str. 31. 119*

Schiffmacher, geübter verlangt Hedert, Pringensstraße 82. 1176*

Kleidungsneider auf Kofen, nur erste Kraft, sollen ein Putzmann u. Schulz, Beuthstraße 2. 13866

Abzieher und Hober auf Holz-platten verlangt Leopold Hattrom, Hilt-und Kupferplattenschleiferi, Ballstr. 12. 13855

Schleifer auf Kupferplatten ver-lingt Leopold Hattrom, Hilt-und Kupferplattenschleiferi, Ballstr. 12. 13855

Schloßergehen verlangt K. Wiese, Charlottenburg, Schiller-straße 97. 13815

Sanitätslehre verlangt zu Lar-gezeiten Schlosserei H. Wiese, Char-lottenburg, Schillerstraße 97. 13826

Rahmenmacher bei hohem Lohn sucht Bilderrahmen-Fabrik Ball-str. 24. 3806

Tüchtigen Rahmenmacher auf bessere Arbeit Dresdenstraße 88/89.

Wachsbauer respektive Werk-zeugschleifer, der drehen kann, für meine Tischklopp-Fabrik gesucht. Louis Michaelis, Köpferstraße 40.

Gründerer verlangt Goldschmied-fabrik Max Leonhard, Schloß-str. 31. 119*

Tischlerlehrling verlangt Salomon, Wabemerkstraße 58. 14056

Dirigent (Slavier) sucht alterer Gehilfenverein Freilags. Offerten mit Gehaltsansprüchen J. Siemers, Wilmersdorf, Berlinerstraße 125. 12522*

Farbmacher verlangt Gleichke, Weidener, Köpfer-Strasse 47b.

Anschlagger verlangt Heß, Ober-bergerstraße 44. 1166

Farbmacher verlangt Saar-brüderstraße 30. 1165

Ein tüchtiger Geselle auf Rohr-arbeit verlangt. Gahly, Kaiserstr. 12. 14066

Schiffmacher auf Glas und Rautschuße verlangen Krause u. Eismann, Dresdenstraße 77. 13975

Arbeiterinnen auf Kinderkleider in und außerem Hause sucht Weitz, Holzringstraße 8. 14412

Kovion-Arbeiterinnen, geübte, Nie-terin verlangt Neumann, Eickel-schloßstraße 23a. 3112*

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Schloßer a Treppen- u. Ofenbau verl. H. Klemme, Friedenz.

Tücht. chem. Wäscher
gesucht für Belgien. Zu erfragen bei Lotzel, Lützen-Ufer 46, Luergelgebäude 4 Treppen links. 13166

Ein tüchtiger Schloßer, sowie ein Dreher wird nach außer-wald, Küche Berlin, für dauernde Beschäftigung gesucht. Offerten unter G. 2 an die Expedition dieses Blattes zu richten. 14075

Zuverlässigen, selbständigen Werkzeugmacher
für allgemeinen Maschinenbau sucht Maschinenfabrik vorm. Freund, Charlottenburg.

Achtung! Achtung!
Rahmenmacher, Tischler, Polierer usw.
Bei Herrmann T. H. Rackensen, Rahmen- und Tablett-Fabrik, Ritterstraße 47, haben sämtliche Holz-arbeiter und Buchbinderinnen wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder-gelegt. 88/16
Zugang ist streng ferngehalten.

Die Ortsverwaltung.
Achtung! Achtung!
Kistenmacher, Holzarbeiter!
Gefordert sind folgende Fabriken:
Wilt. Thurov, Markstraße.
Königsdorfer, Müllerstraße.
Kön. Großmalderstraße.
Wöllinger, Wabemerkstraße 8.
Zeiser, Ballfabrikstraße.
Nach diesen Fabriken ist der Zugang streng ferngehalten. 108/30
Die Lohnkommission.